

Bezugspreis:

Für den Monat März 6000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlande sowie Österreich und Ungarn 2800 M. für das übrige Ausland 3000 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung kostet 1200 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 22. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschlands Dezember-Angebot.

Seit Wochen wird in der deutschen Presse verlangt, daß die Regierung den Inhalt des Angebots kundgeben soll, das sie durch ihren Vertreter Herrn v. Bergmann auf der Pariser Konferenz zu machen bereit war.

Deutschland hat Frankreich dreißig Milliarden Goldmark als die endgültige Reparationssumme für die Alliierten innerhalb seiner Leistungsfähigkeit an.

wirtschaftlichen Sachverständigen der Welt übereinstimmend für unmöglich gehalten wird.

Die Nichtveröffentlichung der Vorschläge wird von nichtamtlicher Seite damit begründet, daß man vor der Ueberreichung die Vorschläge nicht den Intrigen, der Gegenpropaganda und der Herabsetzung durch die französische Presse habe aussetzen wollen.

Herr v. Wiegand gibt dann auf Grund von Angaben „aus nichtamtlicher, aber absolut zuverlässiger Quelle“ die Hauptpunkte der Vorschläge Bergmanns wieder.

Zahlung von dreißig Milliarden Goldmark. Die Summe soll vermittels dreier internationaler Anleihen aufgebracht werden, die durch ein internationales Bankenkonsortium zu begeben seien.

Die Hearst-Nachricht nimmt zum Schluß Bezug auf die Hamburger Rede des Reichskanzlers, wonach Bergmann instruiert war, die Vorschläge in schriftlicher Form mit mündlichen Erläuterungen zu unterbreiten.

Die Ruhr und die Parteien.

In der von Dr. R. Kuczynski herausgegebenen „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz“ wird ein Artikel des Pariser Universitätsprofessors Emile Kahn veröffentlicht.

Er verfügt über die Mehrheit in der Kammer; er hält die Regierung in Abhängigkeit, sie kann ohne seine Unterstützung nicht bestehen; er trägt also die Verantwortung für die Regierungspolitik.

Der ursprüngliche Zweck der Besetzung war, nach der Meinung der Mehrheit wie der Regierung, ein rein wirtschaftlicher. Es ist dem Nationalen Block nicht entgangen, daß die Besetzung der Ruhr, die er für Frankreich vorteilhaft glaubte, gleichfalls für die französischen Geschäftsmänner einträglich sein könnte.

Der Nationale Block erwartet, ebenso wie die Regierung, von diesen Maßnahmen eine schnelle Kapitulation der Deutschen. Der Widerstand, die Ermunterung zum Streik der Beamten, der Eisenbahner und der Bergleute haben seine Auffassung von der Besetzung umgestürzt.

Die Räumung der Ruhr erscheint ihm nur nach einer Kapitulation Deutschlands möglich. Keine Vermittlung, kein Schiedsspruch; von der Hartnäckigkeit der französischen Regierung hängen für den Nationalen Block nicht nur das Ansehen, sondern auch die finanzielle Rettung und die Sicherheit Frankreichs ab.

Gegenüber dieser Haltung des Nationalen Blocks, der heute noch die herrschende Mehrheit in Frankreich repräsentiert, nimmt die bürgerliche Linke, verkörpert durch die „radikal-sozialistische Partei“ unter Führung Herriots, eine ablehnende Stellung ein.

Die Radikalen verwerfen die Ruhrbesetzung als die Folge einer Politik, für die sie nicht die Verantwortung übernehmen. Sie erwarten den dauernden Frieden, die Reparationen und die Sicherheit Frankreichs nur von einer Politik, die zur internationalen Anleihe, zum Schuldenausgleich, zur festen Aufrechterhaltung unserer Bündnisse und unserer Freundschaften, zur Ausdehnung der internationalen Schiedsgerichtsinrichtungen führt.

Die internationale Besprechung.

Die von der Pariser Sozialistenkonferenz zu Verhandlungen mit der deutschen Parteileitung bestimmte Delegation wird wahrscheinlich im Laufe des Freitag hier eintreffen.

Deutsche Protestnote.

Berlin, 21. März. (W.D.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris hatte der französischen Regierung am 25. Februar eine Note überreicht, in der unter Anführung einiger besonders krasser Fälle gegen die an der Besetzung des Ruhrgebietes verübten Gewalttätigkeiten der französischen Truppen protestiert wurde.

In der Note werden zunächst die Bluttaten in Essen, Hörde, Bochum, Gelsenkirchen und Oberhausen angeführt. Die deutsche Note schildert weiter die Mißhandlungen, die an einer Reihe von Beamten der Schutzpolizei begangen wurden.

Diese Proteste der deutschen Regierung, die eine Wirkung doch wohl in erster Linie im Ausland erzielen sollen, werden um so wirksamer sein, je sorgfältiger die deutsche amtliche Propaganda

und der Nachrichtendienst der Regierung darauf achtet, daß nur wahrheitsgetreue und geprüfte Berichte in die Welt gefandt werden.

Die Anst. vor dem ersten Schritt.

Paris, 21. März. (W.D.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington demontiert die französische Botschaft die Nachricht, Botschafter Jusserand hätte Instruktionen erhalten.

Die Konsequenz dieses Dementis müßte eigentlich die sein, daß es der französischen Regierung nicht unwillkommen sein würde, wenn die Vereinigten Staaten einen Vermittlungsversuch unternähmen.

Das andere Frankreich.

Paris, 21. März. (W.D.) Die Liga für Menschenrechte veranstaltete gestern Abend eine Protestversammlung gegen die Ruhrbesetzung. Es sprachen Professor Kulard und der Chefredakteur des „Devoir“, Robert de Jouvenel.

Die oberschlesische Unruhe.

Hindenburg, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) Der heute im hiesigen Gewerkschaftshaus zusammengetretene Betriebsrätekonferenz nahm den Bericht über den Stand der Bewegung und den Verlauf der Verhandlungen, die zum Teil im Streikgebiet und zum andern Teil in Berlin stattfanden, entgegen.

stellt" und sträubt sich, der Regierung „Schwierigkeiten, die die Nation schädigen könnten“, zu bereiten. In der Suche nach einer friedlichen Lösung des Problems fordert sie aber schon jetzt die ausländischen demokratischen Parteien, insbesondere in England und den Vereinigten Staaten, auf, die gerechte Sache der Reparationen, die Frankreich gebühren, zu unterstützen. Sie appelliert an die demokratischen Parteien Deutschlands, „damit sie auf ihre eigene Regierung und auf ihre öffentliche Meinung einwirken, ihre Kapitulisten zu Opfern zwingen, denen sie noch nicht zugestimmt haben, und so selber uns helfen, den aufrichtigen Frieden herbeizuführen, den die Völker wünschen und den sie dringend benötigen“.

So erwarten die Radikalen einerseits die Lösung des deutsch-französischen Konflikts nur von einer Aenderung der deutschen Innenpolitik, die den Kapitulisten die Macht entreißt und sie den Anhängern der Demokratie und des Friedens überträgt; andererseits lehnen sie es ab, die Besetzungspolitik, die sie mißbilligen, zu durchkreuzen und überlassen die ganze Verantwortung dafür der Regierung und dem Nationalen Block.

Eine Wiedergabe der nun folgenden Charakteristik der sozialistischen und kommunistischen Partei erübrigt sich, da die Haltung dieser Parteien in der Ruhrfrage wie in der Reparationsfrage überhaupt bekannt ist. Bemerkenswert ist indes die Feststellung Professor Kahns, daß die französische kommunistische Partei „durch innere Zwistigkeiten ausgehöhlt, durch wiederholte Ausschließungen dezimiert und fribrigens den geheimen und wechselnden Befehlen aus Moskau unterworfen“ sei. Man sehe auch nicht, welche Lösung sie der Ruhrfrage gegenüberstellen.

Von außerordentlichem Interesse ist weiter die Schilderung des Kräfteverhältnisses der einzelnen Parteien und des wirtschaftlichen Charakters der öffentlichen Meinung Frankreichs, von der die Pariser Zeitungen nur ein falsches, trügerisches Bild geben. Im Gegensatz zu der Pariser Presse, von der lediglich fünf Blätter („Populaire“, „Humanité“, „Peuple“, „Ere Nouvelle“ und „Deuore“) die Ruhrbesetzung belämpfen, seien die großen Provinzzeitungen dem Nationalismus feindlich und belämpften mehr oder weniger offen die Besetzung der Ruhr. Ein weiteres Symptom der wirklichen Stimmung des französischen Volkes sei der Ausgang der einzigen zugelassenen Wahlen, der Senats-, Generalsrats- und Bezirksratswahlen (die Teilwahlen verstorbenen oder zurückgetretener Abgeordneter für die Kammer sind durch den Nationalen Block verdrängt worden), die in den meisten Fällen Erfolge für die Radikal-Sozialisten und die Sozialisten gebracht haben. Man könne daraus schließen, daß die Besetzung der Ruhr weniger populär sei, als die Pariser Presse vorgibt. Die wirkliche Stimmung im französischen Volk wird von Professor Kahn zusammenfassend wie folgt charakterisiert:

1. Das französische Volk ist fast einmütig gegen Annexionen und gegen militärische Expeditionen. Mit Ausnahme der Nationalisten würde niemand es wagen, ihm offen eine militärische oder imperialistische Politik vorzuschlagen. Die Nationalisten aber können noch so laut schreien; die Provinz, die die große Mehrheit der Wähler umfaßt, weigert sich, sie ernst zu nehmen.

2. Das französische Volk ist besorgt. Besorgt wegen seiner Sicherheit: zweiseitige Einfälle und der Krieg, den es nicht gewollt hat, lassen es einen neuen Angriff befürchten. Es oberachtet den Krieg, es will ihn gegen niemand führen, aber es will den Frieden für sich wie für die anderen.

Besorgt auch wegen der Reparationen. Es fürchtet nicht nur den drohenden Ruin (denn die Bürde, die auf dem französischen Steuerzahler lastet, wird unerträglich), sondern es entrüstet sich auch in seinem tiefen Gerechtigkeitsgefühl. Ein Sprichwort sagt: „Wer die Scheiben zerbricht, zahlt sie.“ Die Franzosen, die 1871 ihre Kriegsschuld gezahlt haben, können nicht zugeben, daß, wo die Deutschen so viele Scheiben von 1914 bis 1918 zerbrochen haben, die Franzosen sie zahlen sollen.

Diese doppelte Besorgnis haben die Regierung und der Nationale Block durch die Ruhrbesetzung zu beschwichtigen versucht. Dem französischen Volk liegt nichts an der Ruhr; es ist durchaus bereit, sie zu verlassen. Aber ihm liegt an seiner Sicherheit, ihm liegt an den Re-

parationen, und Deutschland muß das Mittel finden, sie ihm zu garantieren.“

Soweit die Darlegungen Professor Kahns, die durch ihren maßvollen, objektiven Charakter geeignet sind, die Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zu fördern. Würden die Kräfte, die dem herrschenden politischen Kurs in Frankreich ablehnend gegenüberstehen, stark genug sein, um ihren Willen zur Geltung zu bringen und die französische Politik von ihrer jetzigen selbstmörderischen Richtung abzuwenden, so würde nach unserer Ueberzeugung un schwer ein Weg gefunden werden können, um die berechtigten Forderungen und Interessen Frankreichs mit denen Deutschlands in Einklang zu bringen und den Ruhrkonflikt aus der Welt zu schaffen, der bei längerer Fortdauer nur geeignet ist, beide Länder dem Untergang entgegenzutreiben.

## Haltet den Dieb.

### Reaktionäres Ablenkungsmanöver.

Je mehr die landesverräterische Rolle der rechtsradikalen Bewegung klar zutage tritt, je ungenierter diese Kreise bewaffnete Banden im ganzen Lande zu organisieren suchen, in Bayern bereits den ganzen Staatsapparat unter ihre Fuchtel gebracht haben, um so frecher versuchen die Reaktionäre, die Schuld für die Vorbereitung zum Bürgerkrieg von sich abzuwälzen und sie den Kommunisten zuzuschreiben. Wenn es in Deutschland irgendwo in nächster Zeit zu Zusammenstößen, zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Teilen des Volkes kommen sollte, so trifft die Schuld einzig und allein die rechtsradikale Bewegung und diejenigen Kreise des Bürgertums, die für diesen gemeingefährlichen Unfug immer wieder Millionen und aber Millionen zur Verfügung stellen.

Die Arbeiterklasse hat in den langen Jahren seit dem Zusammenbruch des Wilhelmischen Systems sich von jedem Versuch, ihre überragende Stellung zu einer proletarischen Diktatur auszunutzen, ferngehalten und mit einer in der Geschichte noch nicht dagewesenen Geduld den am alten System hängenden Kreisen den Übergang zur republikanischen Staatsform zu erleichtern gesucht. So tief die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterklasse im übrigen auch sein mögen, so wird sie doch in der Abwehr gegen den Rechtsradikalismus und allen Verwunden, die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte der Arbeiterbewegung unter das Joch einer nationalen Diktatur zu zwingen, entschlossenen Widerstand leisten und, wenn nötig, Gewalt mit Gewalt begegnen. Mit dieser Abwehr wird sie die weltweiten Volkskreise auf ihrer Seite haben. Derjenige Teil des Bürgertums, der jetzt, um die Aufmerksamkeit von den eigenen Plänen abzulenken, aus den aufgeregten Nebensarten irgendeines Kommunismus die „Abklattung des Bürgertums“ an die Wand malen zu müssen glaubt, sollte sich darüber im klaren sein, daß diese Gefahr sofort beseitigt ist, wenn das Bürgertum im eigenen Lager Ordnung schafft und die Enttaffung der nationalsozialistischen Banden durchführt, ihre Finanzierung aus den Kreisen der Industrie verhindert und durch Taten der Arbeiterklasse zeigt, daß der Republik von Seiten des Bürgertums keine Gefahren drohen. Deutschland kann heute als nationale und kulturelle Einheit nach außen und innen nur als Republik gehalten werden. Der Kampf, der mit Dolch, Revolver und Gift gegen die Republik geführt wird, ist ein Kampf nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern zugleich auch gegen die Existenz unseres Volkes, gegen die wirtschaftliche und kulturelle Einheit unseres Landes. Die Arbeiterklasse als die Hauptträgerin der Republik wird nicht latenten zusehen, daß man die Wurzeln ihrer Existenz zu zerstören und durch die Entfesselung des Bürgerkrieges die Wiederaufrichtung Deutschlands und damit den politischen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu verhindern sucht.

Die Verhandlungen im Preussischen Landtag werden dieser Lage die ganze Größe der Gefahr so deutlich enthüllen, daß man diesmal wohl hoffen kann, daß jetzt endlich den Wählern und Hehern das Handwerk ein für allemal gelegt wird. Die Beseitigung der rechtsradikalen Gefahr ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Weiterentwicklung unserer inneren Verhältnisse, ebenso gut wie ohne Sicherung der Republik gegen diese ihre einzigen inneren Feinde eine Besserung der außenpolitischen Lage für Deutschland nicht möglich ist.

## Das Spiel mit dem Bürgerkrieg.

### Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf Auflösung der Hitler-Banden.

München, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Aussprache im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages über die Auflösung aller nationalsozialistischen Stoßtrupps und Sturmabteilungen in Bayern führte zur Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und zur Annahme eines Antrages der Bayerischen Volkspartei, der der Regierung lediglich empfiehlt, die Sturmorganisationen scharf zu überwachen und sofort zu unterdrücken, „falls“ ihr Ziel auf Gewalttätigkeit, auf Beherrschung der Staatsgewalt oder auf Gefährdung der öffentlichen Ordnung geht.

Bemerkenswert war die Heftigkeit, mit der der Abg. Dr. W. Bohmuth, der Führer des rechten Flügels der Bayerischen Volkspartei, äußerte, daß man bei Kommunisten und Nationalsozialisten nicht von einer äußersten Rechten und einer äußersten Linken sprechen könne, sondern viel eher von feindschaftlichen Brüdern.

Auch der volksparteiliche Abg. Schäffer konstatierte eine gewisse Verwandtschaft zwischen den extremen Richtungen. Die Kommunisten und Nationalsozialisten befähigten gleich darauf diese Auffassung, indem sie zusammen gegen sämtliche Anträge stimmten.

Genosse Sängler konstatierte, daß die Regierung vollkommen machtlos und in der Hand ihrer reaktionären Beamten sei, die mit dieser Bewegung verjippt und verschwägert sind. Zum Beweise verliest Genosse Sängler ein Schreiben der Nürnberger Landespolizei, das den „Nationalen Vereinen“ Gummirollen zum Preise von 700 M. pro Stück offeriert. Das sei eine Verhöhnung der Regierung und Beweis ihrer Ohnmacht. Die Geduld der Arbeiter sei zu bewundern, die seit Jahren diese Provokationen ertragen. Die Latenzlosigkeit der Regierung treibe unaufhaltsam dem Abgrund zu.

Genosse Timm, der Fraktionsführer der SPD, gibt eine Schilderung über die letzte nationalsozialistische „Strafexpedition nach Ingolstadt“, den Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Ingolstadt und den schweren Landfriedensbruch in Amberg. Wenn die Sozialdemokratische Partei heute gezwungen ist, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, dann ist der Zustand bedauerlich; aber durch die vielen Ueberfälle auf unsere Redaktionen und Druckereien sind wir gezwungen, diese Maßnahmen zu ergreifen. Diese Banden wollen eine Diktatur der Straße einführen, die wir uns nicht länger bieten lassen. Die Regierung arbeitet vollkommen einseitig, das beweist die Praxis der Versammlungsverbote und der Staatsjur. Den Nationalsozialisten stehen die Einrichtungen des Staates zur Verfügung, z. B. das Kasino der Landespolizei, Arbeitsbüros, Arbeitsbüros, Arbeitsbüros aus allen Teilen des Reiches spielte sich als „Ruhrschlägler“ auf und führte unter nationalsozialistischer Führung die „Münchener Post“.

Diese Verhöhnung führt zum Bürgerkrieg. Die nationale Diktatur wird auf wütenden Widerstand im ganzen Lande stoßen. Wer an die nationalen Bedenschriften appelliert, wird jämmerlich Schiffbruch leiden. Wir verlangen die gesetzlich garantierte Versammlungsfreiheit. Die Stoßtrupps bedeuten praktisch die Ausschaltung der Regierungsgewalt.

Genosse Timm verwahrt sich im Schlußwort gegen die Irreführung durch den Namen „Nationalsozialisten“. Nichts hat diese Treibhauspartei gemein mit der Kulturbewegung der Sozialdemokratie. Wenn wir zur Abwehr schreiben, dann ist das durchaus berechtigt, wir lassen nicht weiter auf uns herumtrampeln. Wir setzen uns durch, so oder so! Werden die Sturmtrupps nicht aufgelöst, werden wir in aller Öffentlichkeit ebenso handeln. Wir verlangen Gleichberechtigung für alle.

## Das große Dilemma.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

Es wäre leicht, sich für das Heut der Musik zu entscheiden, wenn der Zusammenstoß zwischen Alt und Neu eben nicht bloße Verwirrung in den schaffenden Köpfen erregte, sondern den Vorwärtsdrang mischt dem entsprechenden Geist und technischen Vermögen mobil machte. Das kämpft sich nicht aus der Erde, und die Erweckung gelingt unter tausend Füllen ein einziges Mal. Fast ein wirklich willensstarkes, ungebändigt dahindrawendes Neuwert unserer Seele und unseren Sinn ganz, so führt uns die Ergriffenheit vor der einfachen, adligen Größe Bachs oder Beethovens doch wieder in unsere jugendliche Liebe, auch wenn sie, am Zeitgeist gemessen, eine Jugendblinde sein sollte. Ich glaube nicht an die Sünde. Kein Zweifel, daß der Hauch Handelsscher und Arien, der natürliche Wirbelwind handischer Melodik und der ätherische Flug Mozartscher Formen alles Stillen und Drängen unserer Zeit in den Schatten drückt. Wird in Konzerten Alt gegen Neu ausgespielt, so hat das Neue rasch ausgespielt. Der Konzertgeber braucht das Dilemma nicht zu scheuen. Laufende Klagen zur „Schöpfung“, zur 2. Sinfonie (deren es dreie und doch nur eine gibt), und tausend andere zum Futurismus. Es gibt tatsächlich jetzt schon Konzerte mit großer Ueberfülle. Die wirtschaftliche Krise geht ihrem Ende zu. Das Theater der Unerforschlichkeiten gibt trotz Sinnenreiz einen Teil des Publikums an die Konzerte ab.

Was die Philharmonischen Konzerte uns bringen sollen, ward hier längst erzählt. Wenn Fortwärtler im Schloßkonzert Beethoven spielt (Eonore und 5. Sinfonie), so bleibt kein Ohr unbewogen. In der verstaubten Winkel unbezogenen. Es bleibt dabei: Der einzige große Orchesterdirigent, den Berlin beherbergt. Und Siegfried Ochs kehrt nach einem Ausflug ins Wobornische wieder zu Hause zurück. „Israel in Ägypten“ enthält nicht weniger als 19 große Chöre. Das ist schon eine Aufgabe (auch in der wohlüberlegten Kürzung), besonders wenn beide Formen der Chöre, die ruhig gehaltenen, kontemplativen, wie die fanfarenartig-schwunghaften so ausdrucksreicher und klangvoller herauskommen wie hier. Händel ist der Epiker der Oratorien, in dem ganze Völker, nicht Einzelmenschen Träger der Handlung sind. Die Melodie und die Musik seiner Chöre hat etwas von Volksmelodie und Offenbarungs, ausübend, feierlich, bereit hinströmend. Sie zwingt Menschen zur Festimmung. An Reinheit und Feinheit des Gehörs, Stimmführung und künstlerischer Form übertrifft er — Bach ausgenommen — alle Meister des beinahe 18. Jahrhunderts. Der Akkord, der Dreiklang, der einfachste harmonische Apparat ist Grundstoff seiner Schöpfung; die Themen sprechen ihren Inhalt in rüchtholter Bestimmtheit aus, schlagbereit vom ersten Notenkopf an. So die Chöre. Die Arien stehen zwar oft noch im alten Formalismus, sind aber durch ihren gewaltigen Gefühlsreichtum zu zwingendem Ausdruck geistig. Ein Stück, wie die von Ochs eingeleitete (und wohl bearbeitete) Arie „Dank dir, o Herr“, konnte nur schreiben, wer des gesamten dramatischen Ausdrucks der Oper fähig war. Eine Uebertragung war hier die ergiebige, verinnerlichte, suchende Mitnahme von Ruth Berndt, die einen Rosenweg des „Triebes“ vor sich haben dürfte.

Ueber die geschmeidige, salomonhaft glänzende Musik Korn-

golts ist zunächst nichts Neues zu sagen. Die „tote Stadt“ soll ihn uns wieder ganz in Erinnerung bringen. Ein ebenso fähiger, wie schiller Geiger ist Kofel, der unerlässlich und ohne zu ermüden mit einem Höchstmaß von künstlerischer Hingabe für Bohnets schwierige, bitterste Solosonate eintritt. Auch Armida Senaita bleibt ihrer Lieber treu, die Violinerin dem Landsmann Neipohl. Der schreibt ein Violinkonzert, dessen Themen und Klänge der Orgel und der Arie gehören. Irrend etwas paßt da nicht zusammen, wenn sich aegorianischer Choral und virtuoses Instrument begegnen. Die Aftete der Erfindung schaut sich vor der Sinnlichkeit des Bibreis, oder sie wird einträglich, ohne fromm zu stimmen. Armida aber geht einen fähigen, trohen Strich und leitet die Aufmerksamkeit auf sich selber. Das Forte verachtet sie, und ihr Temperament verlangt nach Einfällen der Generale, der Glut, des gelanglich Ausgiebigen. Sie wird uns — mit dem prächtigen Begleiter Trauerli — bereit finden, wo sie auch spielt. John Leiss lotte durch Anknüpfung einer Sinfonie vor Rangström. Natürlich waren die Noten nicht da. Mit der 5. Sinfonie hatte er, wie jeder Durchschnittsdirigent, Erfolg. Im Blüthenaal schallt alles Martialisches an, alles Lustige erob. Eine große, eine tiefe Wirkung dieses sinfonischen Liebes blieb also aus. Einige Schuld trifft auch den Dirigenten, der sich vor Erregung nicht zu lassen weiß. Genia Bronsky-Heidenreich hat eine hübsche, zarte, noch etwas flatter Sopranstimme, Aros Bronsacest einen männlichen, energischen Bariton, geschmeidigen und gefälligen Ausdruck; Käthe Keller steht noch in der Ausbildung. Ihre Koloratur ist dieflüchtig, die Intonation nicht immer sauber. Die Innigkeit des Vortrags und ihr gesundes Stilempfinden (Wach-Arie) helfen über das Dilemma, den lösbaren Zwiespalt zwischen Wollen und Können hinweg.

Die „Dreizimmerwohnung“ in einem Zimmer. Nicht nur bei uns herrscht eine furchtbare Wohnungsnot, sondern auch Länder, die wirtschaftlich viel besser gestellt sind, werden von diesem Uebel heimgesucht. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse in New York. Die Stadt, die es in den nächsten 20 Jahren auf mehr als 10 Millionen Einwohner gebracht haben wird, verfügt über viel zu wenig Häuser, so daß immer mehr Menschen in die engen Räume gedrückt werden müssen. Es ist keine Ueberbühnung, wenn man sagt, daß seit dem Kriege, vor dem etwa 400 000 Wohnungen unter 1 250 000 Familien verteilt waren, die Mehrzahl der Einwohner von New York sich mit Behelfen begnügen mußte, die nicht viel größer sind als die, die den Passagieren eines Dampfers zuobilligt werden. Dabei schwanken die Mieten zwischen 250 und 1000 Dollar im Jahr für den Raum. Die fähigen Amerikaner versuchen nun auf alle Weise, der Wohnungsnot durch praktische Einrichtungen zu steuern, und so hat man jetzt Wohnungen eingerichtet, die den Raum in der raffiniertesten Weise ausnützen. Eine Dreizimmerwohnung in einem Zimmer, das ist das Schlagwort, mit dem diese Utopie-Wohnungen empfohlen werden. Die ganze Wohnung besteht aus einem Zimmer, das mit einem Tisch, einem Sofa, einem Schreibtisch und einigen Stühlen ausgestattet ist. Des Abends öffnet man eine Tür, die in einen kleinen Vorraum führt, und dieser dient dem donnesten Zweck eines Ankleide- und Baderäumens. Hinter dieser Tür befinden sich zwei Betten, die durch

einen Vorhang verborgen werden, und man kann, wenn man auf einen Knopf drückt, diese Betten durch eine mechanische Vorrichtung in das Hauptzimmer herablassen, so daß dieses sich in ein Schlafzimmer verwandelt. In einem zweiten Klokken befindet sich eine kleine Küche, die kalte und warme Wasserleitung enthält sowie einen Eschschrank, über dem sich ein Schrank für das Porzellan befindet. Ein Gasofen ist sehr geschickt eingebaut. Man hebt hervor, daß sich in diesen winzigen Raum 110 Stück Porzellan sowie Geschirr für mehrere Personen unterbringen lassen. Der Tisch in dem Hauptzimmer, der sich übrigens auch in einen Arbeitstisch umwandeln läßt, ist groß genug für sechs Personen.

Ein bedeutungsvolles bibliographisches Jubiläum. In diesem Monat sind 300 Jahre seit dem Tode vergangen, an dem die erste Gesamtausgabe von Shakespeares Dramen herauskam. Sie erschien in Folioformat und war von den beiden Schauspielern des Londoner Swanwick-Theaters, John Heminge und Henry Condell, herausgegeben worden, und zwar, wie die Vorrede und der Titel „Mr. William Shakespeares Comedies, histories and Tragedies. Published according to the true originall copies“ behauptet, nach den Originalhandschriften. Das war indessen nicht richtig; denn abgesehen davon, daß nicht alle Dramen aus den im Besitz der Schauspielergesellschaft befindlichen Handschriften Aufnahme in dem Folioband fanden, ließ die Sammlung auch an Zuverlässigkeit oder Textreue alles zu wünschen übrig, und sie wimmelte überdies von Druckfehlern. An Umfang ist diese erste Folioausgabe vom Jahre 1623 nur mit der Bibel zu vergleichen. Sie enthielt auf 1000 Folioseiten 36 Dramen; dem Titel war ein schönes Bild des großen William von Marlowe Drosshut sowie eine gerühmte Verherrlichung aus der Feder Ben Jonsons vorgestellt. Der Band wurde vor 300 Jahren für ein Pfund Sterling verkauft. Man schätzt heute die Zahl der noch vorhandenen, in tadellosem Zustand befindlichen Exemplare auf 14; daneben mögen an die 150 Exemplare von minder gutem Zustand in den Bibliotheken verborgen sein. Der Wert dieser Schätze ist beinahe unermeßlich enorm. Es mag daran erinnert werden, daß schon im Jahre 1864 der Verkauf eines Exemplars der ersten Folioausgabe in Paris 18 000 Frank erbrachte, und im Jahre 1907 wurde für ein schlechterhaltenes Exemplar ein Preis von 100 000 Frank erzielt.

Der Weinschele Männerchor Berlin 1900 veranstaltet am Sonntag, 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, im großen Saal der „Viktoria“, Weinbrenner Str. 21, ein Konzert. Mitwirkende sind: Max Saal (Sopran) von der Berliner Staatsoper, Kurt Vogel, Violin-Virtuose. Kapellmeister: Musikdirektor F. U. Volzsch. — Eintrittskarte 250 M., an der Kasse zu haben.

Paul Cassirer, Bibliograph, 35, bereitet für den April eine „Kochsche-Sonderausstellung“ vor, die in einer Reihe hier zum ersten Male angelegte Gemälde einen unvollständigen Ueberblick über das Schaffen des Malers in den letzten Jahren geben soll.

Die Arier Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft wird in diesem Jahre in der Zeit vom 6. bis 14. Oktober abgehalten werden; sie wird künstlerische und wissenschaftliche Darbietungen nach Art der früheren Veranstaltungen umfassen.

Ein Karl-Marx-Ankündiger soll demnächst in Moskau eröffnet werden. Ziele mit den Rechten einer Hochschule ausgestattete Anstalt hat den Zweck, die Werke von Marx zu analysieren, wissenschaftlich herauszugeben und in Volkssprachen zu verbreiten. (Wilo: lauter Aufgaben, die die deutschen Sozialdemokraten seit langem gelöst haben.)

## Positive Entwicklungen.

Der vollparteiliche Abgeordnete, ehemaliger Delegationsrat v. Rheinbaben, der soeben nach mehrwöchigem Besuch aus London zurückgekehrt ist, veröffentlicht in der „Zeit“ einen Artikel, der lebhaftige Beachtung verdient. Er behandelt die Ergebnisse des Abwehrkampfes an der Ruhr unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer internationalen Situation, die es Frankreich nützlich erscheinen ließe, den Weg zu allgemeinen Verhandlungen gemeinsam mit seinen Kriegsallierten zurückzufinden.

„So gesehen ist das Ziel des deutschen Abwehrkampfes — Verhandlungen, bei deren Beginn die Tatsache des Beschlages des französischen Vorrates einer wirtschaftlichen Ausbeutung des Ruhrreviers mit Hilfe militärischer Gewalt ebenso feststeht, wie die Pflicht aller Beteiligten, eine neue Grundlage für die Regelung der Reparations- und Sicherheitsfrage zu finden, bei der auch Deutschland leben und existieren kann. Daß Frankreich dabei nicht nur Hauptinteressen, sondern auch Hauptpflichten und Hauptforderungen sein wird, — darauf sind wir vorbereitet.“

Diese neue Grundlage soll für die Reparationsfrage jetzt geschaffen werden:

„Die deutsche Regierung hat bekanntlich kürzlich in London und Washington ihren Standpunkt zur Reparationsfrage von neuem klargestellt. Die Reichstagsparteien der Arbeitsgemeinschaft bereiten sich ihrerseits vor das Reparationsproblem erneut zu beraten. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß bei allen diesen deutschen Überlegungen der Plan der Untersuchung und Entscheidung des Reparationsproblems durch internationale Experten der lebende Gesichtspunkt ist und sein muß.“

Was schließlich die Sicherheitsfrage betrifft, die jetzt in Frankreich wie in England im Vordergrund der Debatte steht, hält Herr v. Rheinbaben an dem Grundgedanken des deutschen Friedenspaktens vom Ende Dezember fest:

„Frankreich kann, wenn es will, von Deutschland eine feierliche Garantie gegen militärische Angriffe jeder Art auch für eine lange Zukunft erhalten. Nach allem, was an der Ruhr und am Rhein geschah, wird sich jedoch weder die Welt noch Frankreich wundern, daß es seinerseits die Gegenforderung erhebt, gegen künftige militärische Gewaltakte Frankreichs gesichert zu sein. . . . Daß ferner jede Entmilitarisierung zur Befreiung deutschen Landes vom Feinde und zur Aufrechterhaltung der deutschen Verwaltung und Souveränität führen muß, wäre die Mindestforderung, die Deutschland in dieser Frage zu erheben hat. Und was die Garantien eines solchen Paktens anbetrifft, so sagen wir: je mehr, desto besser!“

Auch wir sagen: je mehr Garantien, desto besser! Der beste Garant jedoch wäre das deutsche arbeitende Volk, wenn die Lösung der Reparationsfrage und eine Verständigung mit Frankreich ihm endlich die Möglichkeit böten, die Deutsche Republik zum festesten Bollwerk internationaler Völkerverständigung und Gemeinschaftsarbeit zu gestalten.

## Sozialistische Regierung in Sachsen.

Genosse Zeigner Ministerpräsident.

Dresden, 21. März. (Eigener Drohtbericht.) Bei der heute vorgenommenen Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten wurde der bisherige sächsische Justizminister, Genosse Dr. Zeigner, von unserer Fraktion als Ministerpräsident vorgeschlagen und mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gewählt. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen stimmten geschlossen für den Volksparteiler Dr. Kaiser, die Demokraten stimmten für ihren Fraktionsvorsitzenden. Die Kommunisten gaben vorher eine Erklärung ab, daß ihre grundsätzliche Stellung zum bürgerlichen Parlament durch die Stimmabgabe für Dr. Zeigner nicht berührt werde. Es erhielten Dr. Zeigner (Soz.) 49 Stimmen, Dr. Kaiser (Dt. Rp.) 38 Stimmen, Dr. Seiffert (Dem.) 8 Stimmen. Vor der Vereidigung Dr. Zeigners zum Ministerpräsidenten verließen die beiden Rechtsparteien den Saal.

Die Genossen Felsch, Fleißner und Heide blieben auf ihren Posten. An die Stelle des Genossen Lipinski wird voraussichtlich Genosse Liehmann als Minister des Innern treten und als Arbeitsminister ist Genosse Graupe-Zwickau an die Stelle des Genossen Ristau vorgesehen. Alle sonstigen Weidungen der künftigen Presse über den Rücktritt des Genossen Bud und über Vorgänge in der Fraktion sind leere Kombinationen.

Der neue Ministerpräsident und bisherige Justizminister Dr. Erich Zeigner steht im 38. Lebensjahre. Er studierte an der Universität Leipzig Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft. Im Juni 1913 wurde er Professor bei der Staatsanwaltschaft in Leipzig, dann Staatsanwalt und Landgerichtsrat. Justizminister war er seit dem 1. August 1921. Als Mitglied des Kabinetts gehörte er dem Reichsrat an und bei den letzten Wahlen wurde er auch in den Landtag gewählt. Genosse Dr. Zeigner hat sich bei den Bürgerlichen vor allem durch die Energie vermerkt gemacht, mit der er zunächst auf dem Gebiet der Personalpolitik vorgegangen ist. Er umgab sich mit einem Stab von direkten Mitarbeitern durchaus republikanischer Gesinnung, auf die er sich unbedingt verlassen konnte, und gewann so die Möglichkeit, in seinem Ministerium ungestört zu arbeiten.

## Sozialistischer Abgeordneter verhaftet.

Ludwigshafen, 21. März. (Mit.) Der bayerische Landtagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz, Stadtrat Stürmer, ist heute von der französischen Befehlshaberbehörde ohne Angabe von Gründen verhaftet worden.

## Der Smeets-Attentäter gefunden.

Brüssel, 21. März. Wie das Wolff-Bureau hört, ist es der Kölner Polizei gelungen, den Anschlag gegen Smeets aufzuklären und die Persönlichkeit des Täters festzustellen. Nähere Angaben können, um den Gang der Untersuchung nicht zu gefährden, zurzeit nicht gemacht werden.

Nach den in der Wohnung des Täters vorgefundenen Papieren scheint es sich um einen jugendlichen Phantasten zu handeln. Der Aufklärungsarbeit der amtlichen deutschen Stellen standen um so größere Schwierigkeiten entgegen, als jeder Anhalt für die Persönlichkeit des Täters fehlte.

Höllen hunger! Wie aus Paris gemeldet wird, hat Höllen auf seinen angeordneten Hungerstreik verzichtet, da er, wie er verlangte, dem politischen Regime unterstellt worden ist. Er befindet sich allerdings nicht in der Abteilung, die besonders für politische Gefangene eingerichtet wurde, genießt aber alle Vorteile des politischen Regimes.

Zum polnischen Geschäftsträger in Berlin ist der bisherige Chef der Abteilung für deutsche Fragen im Außenministerium Jadowicki ernannt worden.

Keine Pogrome in Kowno. Die von dem „Dziennik“ verbreitete Meldung, derzufolge in den letzten Tagen in Kowno Pogrome stattgefunden hätten, wird von der hiesigen litauischen Gefandtschaft demontiert.

# Unsere gestrigen Versammlungen.

## Kommunisten in Front gegen die Berliner Sozialdemokratie.

Wenn die Sozialdemokratische Partei gestern unter den drei Stichworten Steuerfragen, Ruhrbesetzung und nationalsozialistische Gefahr zu Massenunrubungen aufrief, so stellte sie damit die drei brennendsten Themen der deutschen Gegenwart auf. Kein Wunder, daß dem Ruf gewaltige Mengen folgten und daß man mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen der Redner nachging, ein Umstand, der den Kommunisten so mißfiel, daß sie zu den unerhörtesten Mitteln griffen. Bei dem Wandern von Saal zu Saal und beim Lauschen auf die Unterhaltungen der einzelnen stellte sich alsbald heraus, daß man unerbitlich daran festhält, daß die Reichsregierung sehr endlich mit aller Energie das Volk von dem nationalsozialistischen Alp befreien müsse. Man nahm aus den Versammlungen die Gewißheit mit, daß sich das Volk weder Nationalistenpropaganda und Putsch noch Steuerdrückerei noch Geheimtätigkeit in der Ruhrangelegenheit weiter gefallen lassen will.

Die kommunistischen Stürmgruppen arbeiteten teilweise mit einer bisher kaum dagewesenen Frechheit und Brutalität, die den Anführern und Drohweibern wahrscheinlich die Verteilung des moskowitzischen goldenen Sowjetsterns zur Belohnung einbringen wird. Hier liegt bestellte und organisierte Arbeit vor, und die Parteigenossen werden sich jetzt ernsthaft überlegen müssen, welche Maßnahmen sie in Zukunft zu ergreifen haben, um den gewalttätigen Methoden der kommunistischen Sprengtruppen ein für alle Mal ein Ende zu bereiten.

Im Viktoriagarten in Treptow sprach vor einer dichtgedrängten Versammlung Genosse Robert Schmidt, in etwa 1½ Stunden dauernden fesselnden Ausführungen, die nur pauslos von einem ununterbrochenen Zwischenruf eines Kommunisten unterbrochen wurden. Der Redner gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick auf die Ereignisse von 1806 bis 1813 und kam über die Vorgänge von 1848 zur Gegenwart, indem er darauf hinwies, daß im Gegensatz zu damals die Studentenschaft heute vollkommen im nationalsozialistischen und feindschaftlichen Lager steht, weil sie sich eng verknüpft fühlt mit den Interessen der Feudalklasse und der Bourgeoisie und weil sie wahrscheinlich auch hofft, daß der alte Militarismus noch einmal wiederkehren wird. Statt mitzuarbeiten an dem unerhörten schweren Wiederaufbau, sehen wir mit Entsetzen einen großen Teil der akademischen Jugend darauf eingestellt, nur immer weiter zu zerfallen. Einzig und allein die Arbeiterschaft ist imstande, ihnen das Konzept zu verzerren. Mit Entsetzen und mit äußerstem Verdruss sieht man auch, wie es „deutsche Patrioten“ sind,

die aus dem Rheinland einen selbständigen Staat machen und ihn dem französischen Imperialismus zutreiben wollen, und zwar aus keinem anderen Grunde als aus rein persönlichen materialistischen, weil man nämlich hofft, daß das Bürgertum auf diese Weise um die Reparationszahlungen herumkommt. Keine anderen Gründe sind auch in Bayern maßgebend. Wiederrum ist es im Rheinland und in Bayern die Arbeiterschaft, die noch die einzige und beste Gewähr für einen Zusammenhalt dieser Teile mit dem ganzen Reich ist. Was die Demokrateen von 1848 als höchstes nationales und vaterländisches Ziel erachteten, nämlich Deutschland als einen einzigen deutschen Einheitsstaat zu sehen, dieses Ideal liegt heute nur bei der Arbeiterschaft in sicheren und treuen Händen (Beifall). Im Ruhrgebiet sehen wir den Militarismus in seiner ganzen Rücksichtslosigkeit und Brutalität mit Diebstahl, Raub und Mord einhergehen. Eine nationalsozialistische Auffassung der Ruhrangelegenheit weisen wir weit von uns. Im Gegenteil, wir erkennen die große Gefahr, die darin liegt, daß die deutschen Nationalisten aktiv vorgehen wollen. Die Deffektivität in Deutschland verkennt vollkommen Deutschlands Lage und seine gegenwärtige Ohnmacht. Niemals ist Frankreich in seiner Einflussphäre größer gewesen als heute. In dem Augenblick, wo es ein verbrecherischer deutscher Nationalismus fertig bekommen würde, aktiv zu werden, d. h. kriegerisch aufzutreten, würden wir von Frankreich samt Belgien, Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien einfach erdrückt werden. Gegen derartige gefährliche Spontanstörungen kämpfen wir mit aller Kraft. Leider hat auch die Internationale, wie wir besonders in Italien und Frankreich sehen, zurzeit wenig Kraft. Unsere Sympathien im Ausland sind geringer als man glaubt, weil die nationalsozialistischen Machenschaften für die Stimmung im Ausland geradezu verheerend wirken. Die

allerhöchste Aufmerksamkeit erfordert die innere Lage und zwar nicht allein in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung. Nach Auflassung des Redners beanspruchte das Eintreten der Marx die größte Aufmerksamkeit. Leider fehlt uns in dem Kampfe um diese Fragen die große Stoßkraft, die wir hätten, wenn sich nicht ein Teil der Arbeiterschaft von uns abgewandt hätte. Das Sinken der Marx ist darauf zurückzuführen, daß die Bond- und Börsenkrisis entgegen unseren entscheidenden Forderungen vollkommen freie Hand gehabt haben, und leider sehen wir auch in diesem verderblichen Spiel um das Wohl des Volkes die Demokratische Partei als Trägerin einer wirtschaftsreaktionären Auffassung. Das das Kabinett Cuno in finanzpolitischer Hinsicht geleistet hat, geht daraus hervor, daß, als es in Aktion trat, das Reich eine Schuldenlast von 1 Billion Mark hatte, während es jetzt 8 Billionen Mark Schulden hat. Leider hat sich die neue Reichsregierung immer noch nicht entschließen können, die Landwirtschaft steuerlich schärfer zu erfassen. Man sollte vielleicht dazu übergehen, die Steuern in Naturalleistungen zahlen zu lassen. Im Reichstag wird die sozialdemokratische Fraktion mit aller Energie die weitere Forderung der Steuererhöhung betreiben. Auf einen kommunistischen Zurschneidung Genosse Schmidt unter großer Heiterkeit der Anwesenden, daß die Reichstagskommunisten in Steueransicht nicht einen einzigen Antrag gestellt haben, vermutlich, weil sie gar nicht verstanden haben, worum es sich handelt, da die Steuerfragen eine sehr schwierige und komplizierte Angelegenheit sind. Aus den Bilanzen der Aktiengesellschaften geht hervor, daß die

### Industrie schamlose und wucherische Gewinne

aus dem deutschen Volk herauspreßt. Sie könnte weit billiger produzieren, ohne die Löhne herabzusetzen, die heute noch um die Hälfte niedriger sind als in England und Amerika und würde dann wieder abfähig auf dem Weltmarkt werden. Ehe sie sich aber dazu entschließt, läßt sie es lieber zu einer großen Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit kommen. Genosse Schmidt schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die wichtigste aber auch schwerste Aufgabe der Zukunft sei, unauferleglich auf der Wacht zum Schutze der Republik zu stehen und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Steuer- und Finanzabteilung des Reichs unauferleglich in unserem Sinne zu beeinflussen. Eine Anzahl kommunistischer Diskussionsredner vermerkten selbst mit allerhöchster Lebhaftigkeit keine stichhaltigen Gegenargumente vorzubringen und wurden von den Genossen Bohmann und Reinsdorf und von dem Genossen Schmidt im Schlusswort glatt abgeferigt. Die Ausführungen unserer Diskussionsredner sowie die des Referenten fanden vielstimmigen Beifall.

Am Kreis „Grenzauer Berg“ waren die Unions-Festakte in der Greifswalder Straße lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Unter den Besuchern sah man auch Kommunisten in erheblicher Zahl. Hier referierte an Stelle des verhinderten

Genossen Dittmann die Reichstagsabgeordnete Genossin Anna Ziegler-Württemberg. Sie betonte, daß der Abwehrkampf des deutschen Volkes gegen die Ruhrbesetzung kein neuer Krieg sein kann. Eine Einheitsfront wollen wir bilden, aber nur mit denen, die auf dem Boden der Republik stehen und den christlichen Willen haben, sie zu schützen. Der nationalsozialistische Wahnsinn, den die rechtsstehenden Parteien zu entsagen versuchen, würde nur neues Unheil und Elend bringen. Die proletarische Einheitsfront (wäre bei den Kommunisten) wird gerade von denen gefordert, die mit uns Schulter an Schulter kämpfen sollten. Der Militarismus ist es, der sich jetzt im Ruhrgebiet austobt und sein Zerstörungswerk treiben will. Um ihm entgegenzutreten zu können, müssen wir als Klasse einig sein. Der Einbruch in das Ruhrgebiet ist ein Schandfleck für Frankreich. Aber er erinnert uns an den von Deutschland beim Kriegsausbruch bezogenen Völkerverstoß gegenüber Belgien. (Zustimmung.) Der Militarismus tritt überall mit gleicher Brutalität auf. (Lebhaftige Zustimmung.)

### Die Bevölkerung des Ruhrgebietes hart auf,

aber sie soll nicht unsere Unterdrücker härten, die Kapitalisten. Das deutsche Großkapital hatte den Einmarsch der Franzosen nicht ungern gesehen, weil es hierdurch eine Stärkung des nationalsozialistischen Gedankens erwartete. Gegenüber diesem Feind der Arbeiterklasse wollen wir uns nicht im Bruderkampf zerlegen. Die Regierung sollte so schnell als möglich den Weg der Verhandlungen beschreiten, aber die Großindustrie wünscht das nicht, sie verfolgt andere Ziele. War die Erfüllungspolizei, die Deutschland treibt, richtig? Sie hat das eine Gute für uns, daß wir dem Schicksal entgangen sind, die gesamte Entente gegen uns zu haben. Es ist Wahnsinn, wenn unsere Volksgenossen von Rits sagen, es sei ein Fehler, ob wir unter deutscher oder französischer Herrschaft sind. In Deutschland sind wir den Militarismus losgeworden, aber der französische Militarismus steht noch ungebrochen da. (Zustimmung.) Um zu einer wirtschaftlichen Befreiung zu kommen, hat die Sozialdemokratische Partei zusammen mit den Gewerkschaften ein finanzielles Programm aufgestellt und die Durchführung von der Regierung gefordert.

### Wir verlangen ein gerechtes Steuersystem.

während bisher die Steuererhebung unsozial gewesen ist. Die weiteren Ausführungen der Referentin wurden von den Kommunisten oft durch Unruhe unterbrochen. Sie empfahl ihnen, weniger zu lärmern und mehr nachzudenken. Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, die Ungerechtigkeiten der Steuererhebung möglichst zu verhüten. Aber sie hat auch bei Demokraten und Zentrum nicht die nötige Unterstützung gefunden. Die Frauen sind es, die hauptsächlich die bürgerlichen Parteien noch stützen. Sie sollten sich das für die nächsten Wahlen gesagt sein lassen. (Lebhaftig) Genossin Ziegler ging dann auf das Treiben der Nationalsozialisten ein und zeigte, welche Gefahr es dem Sozialismus bringt. (Lärm bei den Kommunisten.) Durch den Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie wird das Treiben der Nationalsozialisten unterdrückt und gestärkt. (Stürmische Zustimmung.) Wir müssen zusammenhalten gegen diejenigen, die noch die Arbeiter für ihre Zwecke mißbrauchen zu können glauben. (Zustimmung und Lärm.) Die Unterbrechungen durch die von der „Roten Fahne“ in die Versammlung beorderten Kommunisten hielten sich zeitweise außerordentlich, aber die Rednerin setzte sich durch. Sie schloß mit der Wohnung, im Kampfe gegen die deutschen Faschisten einzeln zu sein. (Stürmischer Beifall.) — In der Diskussion verurteilte sich ein Kommunist in Anzweifeln gegen die Haltung der Sozialdemokratie, aber unsere Genossen ließen ihm die Antwort nicht schuldig. Reichstagsabgeordneter Genosse Simon erstellte stürmischen Beifall mit der Erklärung, wer zusammen mit der Sozialdemokratie den Klassenkampf führen wolle, sei ihr willkommen. Beim Schlusswort der Genossin Ziegler versuchten die Kommunisten keine Störungen mehr.

In den Andreasfestakten kam es nach dem Referat des Genossen Künstler, das vom regen Beifall der Versammlung begleitet war, zu ständischen Zwischenfällen, hervorgerufen durch halbwillkürliche kommunistische Rombdes. Nachdem zehn kommunistische Diskussionsredner gesprochen hatten, wurde von unseren Genossen ein Antrag auf Schluß der Diskussion gestellt und mit übergroßer Mehrheit angenommen. Das Hoch, das Genosse Künstler darauf auf die Sozialdemokratie ausdrachte, wurde begeistert aufgenommen, was den schätzbaren Anwesenden der sich stotterndartig inzwischen versammelnden Kommunisten herbeirief. Unter Führung des Stadtratsordnen Leo Drostowski und des berechtigten Arbeitslosenführers Fichmann führte sich eine Horde von 50 bis 60 Halbwillkürigen auf den Genossen Künstler und rief ihn unter schlimmsten Mißhandlungen von der Bühne herunter. Im Saal, wo unsere Parteigenossen den Redner schützen wollten, drängten die Kommunisten, zum Teil mit Knüppeln bewaffnet, zum Ausgang, bis schließlich unter allgemeinem Tumult die Schupo den Saal räumte.

Die Versammlung in Haverlands Festakten in der Neuen Friedrichstraße war zur angelegten Zeit bereits überfüllt. Nach Beginn des Referats des Genossen Artur Crispian kamen neue Mengen hinzu, so daß auch die Galerien besetzt waren und zahlreiche Zuhörer stehend den Ausführungen des Redners zuhören mußten. Das Interesse für die sachlichen Ausführungen des Redners ließ indessen bis zum Ende seiner Rede nicht nach, und die kommunistischen Zwischenrufer erregten um so mehr den lebhaftesten Unwillen der überwältigenden Mehrheit der Versammlung, als sie sich durch ihr unglaublich tiefliegendes Niveau auszeichneten. Erst gegen Schluß des Referats wurde die Versammlung etwas unrühiger, jedoch gelang es dem Redner ohne große Mühe, sich bis zum Ende durchzusetzen und sein Schlusswort zur Sammlung aller Kräfte des Proletariats, durch die allein die von außen und im Innern drohenden Gefahren überwunden werden können, ernste stürmische Zustimmung. Es zeigte sich übrigens bei der Abstimmung über einen kommunistischen Geschäftsordnungsantrag, unbeschränkte Redezeit einem kommunistischen Diskussionsredner zu gestatten, daß mindestens sieben Viertel der Anwesenden mit den Beauftragten der R.D. nichts gemein haben wollten. In das Referat schloß sich eine sehr ausgiebige Diskussion an, zu der sich nicht weniger als zwanzig Redner gemeldet hatten.

Im überfüllten Saal in der Schultheiß-Bräuerei in der Hasenheide sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Reier. Als erster Diskussionsredner kam ein Kommunist zu Worte, der sich gegen die Zehnmittelnredezeit wandte. Zwei weitere kommunistische Diskussionsredner erhielten den Beifall ihrer eigenen Leute. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wurde mit großer Mehrheit angenommen. Darauf verließen die Kommunisten unter Befehl der „Internationalen“ die Versammlung. Am Ausgang kam es zu Zusammenstößen mit unseren Genossen. Dem Eingreifen unserer Ordner ist es zu verdanken, daß weitere Tätlichkeiten unterblieben. Der Vorsitzende schloß darauf mit einem dreifachen Hoch auf die Vereinigte Sozialdemokratie die Versammlung.

In Niederschöneweide sprach vor vollbesetztem Hause im Rathhäuser Genosse Dr. Levi. Nach Beendigung des Referats kam es zu einer regen Geschäftsordnungsdebatte, da die Kommunisten den Versuch machten, für ihre Redner unbeschränkte Redezeit zu bekommen. Die Versammlung lehnte dies ab und beschloß eine viertelstündige Redezeit. Die Rednerin der Kommunisten sprach mit ziemlich allgemeinen Worten und so beriet zum Schluß die Einheitsfront im kommunistischen Sinne und die Bildung einer Arbeiterregierung. (Ironischer Beifall.) Nachdem noch mehrere Redner von unserer Seite gesprochen hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Streik im Kartoffelgroßhandel.

Anfang März wurde durch Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und dem Deutschen Verkehrsband (Transportarbeiterverband) der Lohn für Rulcher und Arbeiter für die zweite Hälfte Februar mit 60 000 M. und für die erste Hälfte März mit 60 000 M. pro Woche vereinbart. In einem Schreiben vom 10. März erklärten die Arbeitgeber, daß sie nicht in der Lage seien, nach dem 15. März den Lohn von 60 000 M. weiterzahlen und begründeten dies damit, daß die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel im Preise stark zurückgegangen seien. Die Arbeiterschaft war durch das Vorgehen der Arbeitgeber sehr überrascht, da sie genötigt war, eine Lohnherabsetzung zu fordern.

Eine Verhandlung mit den Arbeitgebern führte zu keinem Resultat, da die Arbeitgeber allen Ernstes verlangten, daß die Arbeiter sich mit einer Lohnkürzung von 10 000 M. pro Woche einverstanden erklären sollten. Dieser verlorne Lohn soll schon am nächsten Lohnzahlungstage (23. März) zur Auszahlung gelangen. Am 20. März nahmen die Arbeiter in einer Versammlung hierzu Stellung und beschloßen, bei denjenigen Firmen, welche den Lohn von 60 000 M. nicht weiter zahlen, die Arbeit einzustellen.

Es gehört in der Tat viel Mut dazu, in einer Zeit großer Notlage eine direkte Kürzung des Einkommens vorzunehmen. Eine Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln tritt durch den Streik nicht ein, da eine Anzahl Unternehmer sich schon bereit erklärt hat, den bisherigen Lohn weiterzahlen.

## Tariffkampf im Bäckergewerbe.

Schon im Februar 1922 wurde der Rahmentarif im Bäckergewerbe von beiden Parteien gefällig. Während die Bäckerarbeiter den Tarif verbessern wollten, da ihnen Verbesserungen als notwendig und möglich erschienen, zeigten die Arbeitgeber durch ihren neuen Entwurf, daß sie den Tarif am liebsten ganz beseitigen möchten, da alle bisher bestandenen sozialen Einrichtungen in dem Entwurf fehlten bzw. gestrichen waren. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis und der im Mai 1922 darüber beratende Schlichtungsausschuß brachte ebenfalls keinen Abschluß, da die Brotfabrikanten den Einwand erhoben, daß die Verhandlungen nicht erschöpft worden seien. Demzufolge lief der alte Tarif weiter.

Seit Anfang des Februars 1923 wurde nun zwischen den Arbeitgebern des Bäckergewerbes und dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren mehrfach verhandelt, doch wiederum resultatlos, da die Arbeitgeber auf dem Abbau des bisherigen Tarifs bestehen blieben. Dieses Verhalten steht in einem merkwürdigen Kontrast zu den immer wieder genannten Versicherungen, daß man erst nach dem Abschluß eines Tarifes Wünsche. Dabei steht die angebliche Vereinstätigkeit hierzu auch insofern im Gegensatz zu der Wirklichkeit, als der neue Tarif „nur für ordentlich gelehrte Bäcker und Konditoren“ abgeschlossen werden soll. Verkäuferinnen, Brotfabriker und Hausdiener im Bäckerveruf brauchen nach Ansicht der Arbeitgeber keinen Tarif.

Der Zentralverband kann weder dem Abbau des Tarifes noch dem Ausschluss von Arbeitergruppen zustimmen und hat daher den Schlichtungsausschuß angerufen. Sollten die Bäckermeister auf ihrem Standpunkt beharren, und der Parole einzelner Schärfer in ihren Reihen folgen, die schon längst die Beseitigung des Tarifes anstreben, dann wird der Kampf nicht zu vermeiden sein.

## Nachklänge zum Kampf in der Fleischwarenindustrie.

Nachdem der Kampf in der Fleischwarenindustrie zu einem erfolgreichen Ende für die Arbeitnehmer geführt hat, vollzog sich die Aufnahme der Arbeit in den meisten Betrieben fast reibungslos. Meist wurden die Arbeitnehmer vollständig wieder eingestellt. In einigen Betrieben war dies aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht möglich, doch erfolgten weitere Einstellungen in den nächsten Tagen.

Eine Ausnahmestellung nimmt aus hier wieder der räumlich bekannte Fleischereimeister und Hoflieferant Herbert Ripp, Koppenstr. 79/80, ein. Die Arbeit ist hier nicht aufgenommen, da Herr Ripp sich weigert, „seine“ sechs Streikbrecher zu entlassen. Diese sind Mitglieder des Christlichen Nahrungsmittel- und Genussmittelindustriearbeiterverbandes und von dieser Organisation als Streikbrecher vermittelt worden. Herr Ripp behauptet, daß er die „Kochknechte“, die ihm so „wichtige Dienste“ geleistet hätten, doch nicht entlassen könne.

Der Betrieb bleibt dabei noch wie vor für organisierte Arbeiter und Arbeiter gesperrt. Zentralverband der Fleischer.

## Tariffvereinbarung in der Metallindustrie.

Die tarifliche Lohnvereinbarung ist nun endgültig erfolgt. Eine Umrechnung findet nicht statt. Akkordarbeiter erhalten einen festen Stundenlohn. Der Tarif ist ab heute 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Verhandlungsbüro des DVB. (Lrip) erhältlich.

## Die Arbeitslosenunterstützung im Reichswirtschaftsrat.

In der gestrigen Sitzung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats erstattete Dr. Thissen namens des Sozialpolitischen Ausschusses Bericht über dem Gehörten einer vorläufigen Arbeitslosenunterstützung. Redner schildert die Schwierigkeit, alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Ausschuss zu beseitigen. Leider sei das beim § 15, der die Frage der Ausstände und Aussperrungen regelt, nicht möglich gewesen. Dieser Paragraph lautet:

„Wer seine Arbeit freiwillig ohne wichtigen Grund aufgeben oder durch schuldhaftes Verhalten verloren hat, hat für die ersten vier Wochen der Arbeitslosigkeit, die danach eintritt, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.“

Versicherungspflichtig soll jedermann sein, der der Krankenversicherungspflicht unterliegt. Die Beteiligten haben insofern ein Mitbestimmungsrecht, als ein Festlegungsausschuß gebildet wird, der die Frage der Beiträge und Leistungen alljährlich neu zu regeln hat.

Eine solche jeder willkürlichen Auslegung fähige Bestimmung kann nicht Gesetz werden. Wer arbeitslos ist, ist als Arbeitsloser zu behandeln. Niemand kann vier Wochen lang hungern. In § 16 des Entwurfs wird der Unterstützungsanspruch bei Aussperrung während deren Dauer verneint.

Die Weiterberatung wird heute fortgesetzt. Außerdem wird das Arbeitszeitgesetz für die Angestellten weiterberaten.

## Achtung, Metallarbeiter!

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, an den Branchenversammlungen am Donnerstag resp. Sonntag teilzunehmen. Teilnahmslosigkeit bedeutet bewußte Schädigung des Verbandes.

## Veneidenwerte Siedler.

Die Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 20. März berichtete über einen Bildbroschürenvertrieb der Siedlungsgeossenschaft „Märkische Scholle“. In dem M. E. gezeichneten Bericht ist zu lesen:

„Erstaunlich ist es, in wie kurzer Zeit es den Leuten gelingt, ihr Stückchen Land schuldenfrei zu bekommen. 500 000 M. sind häufig in vier Wochen abbezahlt. Der Spartrieb ist im deutschen Volke nicht gestorben.“

Was mögen das für Leute sein, die in vier Wochen 500 000 M. erübrigen? Lohn- und Gehaltsempfänger sicherlich nicht. Sie müßten denn erst einmal 500 000 M. Monatsgehalt bekommen und vier Wochen lang von der Luft leben können. Dennoch zweifeln wir keineswegs, daß es Leute gibt, die ein Einkommen haben, das ihnen erlaubt, 500 000 M. monatlich abzugeben. Erstaunlich ist das immerhin — oder vielleicht auch nicht.

# Dollar-Schakanweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank

Schluß der Zeichnung:

Sonnabend, den 24. März 1923

## Die kommunistischen Spaltpilze im DGB.

In der „Roten Fahne“ vom 20. März wird mitgeteilt, daß die „neue“ Ortsverwaltung ein eigenes Bureau errichtet hat. Damit ist klar von dieser Seite die Spaltung vollzogen. Wenn es so wäre, wie die kommunistischen Drahtzieher in den Verammlungen sich behaupten, daß das Recht auf ihrer Seite ist, weshalb rufen sie dann nicht die Gewerkschaftskommission an, um den einstimmigen Beschluß des Vorstandes zu revidieren? Wohlweislich ist dieser Schritt nicht getan worden; man sagte sich: „Jetzt oder nie“, denn ansonst war schon hinter die Kulissen der SPD-Gewerkschaftstaktik geleuchtet worden.

In den einzelnen Abteilungen beruht man nun Verammlungen zu arrangieren, um Versammlungen herbeizuführen, mit denen nach außen hin die Stellung der Opposition geklärt werden soll. Wo man die Abteilungsleitung nicht in der Hand hat, greift man zu wilden Verammlungen, die natürlich einen kraftwörtigen Charakter haben. Der 19. März war, wie der „Vorwärts“ schon berichtet hat, für die Opposition ein schwarzer Tag. In der Abteilungsleiter Versammlung erklärte selbst der in die neue Ortsverwaltung gewählte Ullrich, daß die Mitglieder nicht beschließen mögen, sich hinter die neue Verwaltung zu stellen, damit würden sie sich selbst außerhalb der Organisation stellen. Am 20. März fanden ebenfalls wieder Verammlungen statt, die wir nachstehend in ihrer Größe würdigen wollen.

Abteilung	Mitgliederzahl über	Versammlungs Teilnehmer	für die Opposition
Krankh. Alee (milde Verf.)	108	25	gegen
Krb. Bahnhof (ebenso)	1245	ca. 80	für
Brunnwald	1864	ca. 500	gegen
Tempelhof (milde Verf.)	1685	ca. 120	für
Dübahnshof	104	25	gegen
Spandau-Wur.	600	70	gegen
Pichtenberg	545	ca. 150	für
Reichsbahndirektion	210	ca. 60	gegen

Daraus geht hervor, daß die „oppositionellen“ Abteilungen den stärksten Verammlungsbeifall hatten und also leinetwegs mit Sicherheit behaupten können, sie hätten die Mehrheit hinter sich. Um so weniger, als in diesen Abteilungen ein respektable Teil der Verammlungssteilnehmer gegen die Opposition stimmte oder sich der Stimme enthielt, was allerdings sehr bedauerlich ist.

In einzelnen Abteilungen spielt die Opposition geradezu Komödie. So hat sich z. B. in Tempelhof am Tag zuvor eine ordnungsgemäße Verammlung, die von circa 300 Mitgliedern besucht war, gegen eine Stimme hinter die rechtmäßige Ortsverwaltung gestellt. In der Reichsbahndirektion hatte ebenfalls einige Tage vorher eine von 70 Mitgliedern besuchte Verammlung mit überwiegender Mehrheit beschlossen, die rechtmäßige Verwaltung anzuerkennen.

Eisenbahner, treten mit Unschicklichkeit den Organisationspaltern entgegen. Drastisch daran, daß bereits am 4. Dezember 1922 in einer Sitzung des Roten Komitees von Reichler erklärt wurde: „Die Spaltung im DGB ist spruchreif“. Jetzt wird nicht von denen irreführen, die jetzt nicht von der Einheitsfront reden, aber in der Langgestraße ihren „eigenen Laden“ aufmachen. Dieses Wandern ist nichts anderes als die bewusste Spaltung des DGB zum Nutzen der reaktionären Verwaltung.

## Ungeheure Profite und Schundgehälter.

Man schreibt uns: Die Arbeitgeber der Abzahlungsbranche haben es bisher besonders verstanden, die Gehälter ihrer kommunistischen Angestellten niederzuschlagen. Erstun doch das Sperrverbot in dieser Branche für den Monat Januar 1923 106 800 M. Nachdem der Zentralverband der Angestellten die Gehaltsforderungen für Februar

abgelehnt und begründet hatte, lehnten die Unternehmer direkte Verhandlungen überhaupt ab. Ihre Vorführer, die Herren Eitmann, Girma V. Feder, und Gundermann, Firma „Alle Tage anders“, weigerten sich mit Hinweis auf die angeblich schlechte Geschäftslage, ein Angebot zu machen. Die Berechtigung der Forderung konnten sie nicht bestritten. Am 2. März fällte der Schlichtungsausschuß einstimmig einen Schiedsspruch, nach welchem die Schundgehälter für Februar um 180 Proz. erhöht werden sollten. Aber die Herren der Abzahlungsbranche lebten den Schiedsspruch ab, sobald erst der Demobilisationskommissar darüber entscheiden muß. Inzwischen arbeiten sie skrupellos mit dem Gelde ihrer Angestellten. In einer Versammlung am 15. März nahmen die Mitglieder des DGB Stellung zu dieser Angelegenheit und gaben ihrer Wut in einstimmig angenommener Entschiedenheit Ausdruck. Darin heißt es:

„In der Konjunkturzeit haben die Inhaber der Abzahlungsfirmen riesige Gewinne eingeheimst, für Möbel einen Zuschlag bis zu 3000 Proz. erhoben, dagegen ihre Angestellten nicht mit Hungerlöhnen abgepeist. Sollten die Arbeitgeber auf ihrem ablehnenden Standpunkt auch vor dem Demobilisationskommissar verharren, so beauftragt die Angestelltenschaft den DGB, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, damit die darbenenden Angestellten endlich in den Besitz des Februargehältes gelangen.“

Den Angestellten dieser Branche kann nicht dringender genug geraten werden, sich vollständig im DGB zu organisieren, damit wird es der Organisation auch gelingen, das Gehaltsniveau so zu heben, wie es notwendig ist.

Joubaux ist wiedergewählt von der Tagung des Nationalrats des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) als Generalsekretär. Wie CGT meldet, habe Joubaux erklärt, daß er in zwei Jahren zurücktreten werde.

Der Landesauschuß der französischen Gewerkschaften (Amsterdamer Richtung) hat gestern nachmittag nach einer Debatte über die Wiederherstellung der Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften eine Resolution angenommen, in der er sich auf die Beschlüsse des letzten Landestagess beruft und ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Kommunisten ablehnt. Die Resolution erhielt 73 Stimmen, eine Gegenresolution, die die Einseitigkeit der persönlichen Angriffe zwischen den Anhängern der beiden Richtungen fordert, 17 Stimmen.

Die Streikbewegung in England hat 5000 Landarbeiter in der Grafschaft Norfolk erfasst, die sich gegen eine Lohnherabsetzung wenden. Es wird befürchtet, daß der Streik auf andere Grafschaften überpringt. — Die Bauarbeiter haben mit 140 000 gegen 42 000 Stimmen den allgemeinen Streik beschlossen, der nach Ostern beginnt, falls nicht inzwischen noch eine Einigung erfolgt. — In Wales streiken 17 000 Bergarbeiter und in Suedee droht ein Streik der Hafenarbeiter.

Englische Arbeiter zum Wiederaufbau in Nordfrankreich will jetzt die französische Regierung heranziehen. „Evening Standard“ meldet, zwischen dem britischen Arbeitsministerium und dem französischen Minister für die zerstörten Gebiete seien deshalb Verhandlungen im Gange. Die französische Regierung habe bereits ihre grundsätzliche Genehmigung erteilt. Nähere Abmachungen seien noch zu treffen. Ein Beamter des britischen Arbeitsministeriums erklärte einem Berichterstatter, die Grundfrage der Verhandlungen sei die Lastfrage, daß in England erhebliche Arbeitslosigkeit im Baugewerbe herrsche, während in Frankreich viele Arbeitskräfte erforderlich seien. Es werde ein Versuch gemacht, beide Bedürfnisse miteinander in Einklang zu bringen. — Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch deutsche Bauarbeiter längst erfolgt wäre, wenn ihn die französische Regierung nicht sabotiert und verhindert hätte. Die Veranlassung britischer Vandalen erfolgt offenbar mehr aus politischen denn aus sachlichen Gründen. Immerhin ist sie nur unter anständigen Arbeitsbedingungen möglich. — Der „Bosch“ bezahlt ja.

## Eisenbahner!

Kaf Busch der letzten Zusammenkunft findet morgen, Freitag, in der Operntheater, Schützenstr. 176, eine Sitzung aller in der DGB D. organisierten Betriebskomitees und Funktionäre des DGB. Statt. Ohne Mitgliedschaft des DGB, und der DGB, kein Zutritt. Der Reichsausschuß.

Wetter bis Freitag mittag. Zunächst trocken und überwiegend heiter, in den Mittagsstunden ziemlich warm. Später, westlich der Oder, zeitweise härtere Bewölkung bei mäßigen östlichen Winden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Verlags-Druckerei G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin. Einbinder: S. Bierig eine Verlags- und Unterhaltungsverlagsanstalt „Spreewald“.



## Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

### NÄCHSTE ABFAHRTEN:

George Washington	28. März	2. Mai
President Roosevelt	4. April	9. Mai
President Arthur	11. April	16. Mai
President Filmore	18. April	23. Mai
President Harding	25. April	30. Mai

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später  
Verlangen Sie Prospekte und Segellisten Nr. 83

## UNITED STATES LINES

BERLIN: W 8, Unter den Linden 1;  
NW 40, Invalidenstr. 93; W 9, Budapester Straße 5  
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Sowohl Vorrat

Weizenmehl... Pfund 690.-	Mondamin <sup>1/2</sup> Pfund 450.-
Kartoffelmehl Pfd. 550.-	Maizena <sup>1/2</sup> Pfd. 460.-
Haferflocken Pfund 760.-	<sup>1/2</sup> Pfd. Pudding Pfd. 240.-
Tafelreis ..... Pfund 820.-	Griesspudding Pfd. 200.-
Bandnudeln Pfund 850.-	Möhren ..... Pfund 65.-
Weizengriess Pfund 850.-	Rote Rüben.... Pfund 90.-

Lalspiger Str. 233

### Frisches Fleisch

Alexanderplatz

Kalbsrücken u. Kamm Pfd. 2000.-
Kalbsbrust ..... Pfund 2200.-
Kalbskeulen ..... Pfund 2400.-
Suppentfleisch ..... Pfund 2400.-
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 2800.-
Schweineschinken u. Blatt mit Salz Pfd. 3800.-

Sowohl Vorrat

Tafelmargarine Pfd. 2700.-	Gross grüne Heringe... Pfund 350.-
Kokosfett .... Pfund 2800.-	Fludern frisch Pfund 250.-
Rinderfett.... Pfund 2800.-	Seelachs <sup>1/2</sup> Pfd. 600.-
Amerik. Schmalz Pfd. 3550.-	Kabliau <sup>1/2</sup> Pfd. 700.-
Tomor ..... Pfund 3100.-	Makrelbücklg. Pfd. 900.-
Pflaumenmus Pfund 600.-	Sprotten ..... Pfund 950.-

**Sämtliche Backartikel**  
zum billigsten Tagespreise

Kaninchen gefroren .. Pfund 1100.-

1921er Edesheimer-Oberfeld-Natur <sup>1/2</sup> Flasche ... 200  
<sup>3/4</sup> Wein-leiter 500  
Flaschen-Pfund 300 } **3300.-**

# Saisonbeginn auf dem Laubenland.

Die Natur ist aus ihrem Winterschlaf erwacht — so singen die Poeten alljährlich um diese Zeit, und diesmal stimmt es auch. Ein Treiben, sich Dehnen und Sehnen nach dem Licht geht durch den Pflanzenkörper, und mit kräftigen Stößen brechen sich die jungen Triebe der Zwiebelgewächse, wie Tulpen und Narzissen, und der Stauden Bohm durch das vor kurzem noch so festgefrorene Erdreich. Wer die alte rote Bauernspänie im Garten hat, erlebt dieses Wunder in schönster Art: gestern noch konnte der Fuß ungehindert schreiten, und heute ist der Boden rot getupft: leuchtendrote Spigen von weißen Trieben haben die Erdkruste durchbrochen und bitten, von den Stiefeln nicht allzu sehr moltränert zu werden.

## Frühling im Garten.

Aber von Böonien, Tulpen usw. kann man nicht leben — Gemüse ist Trumpf. Und die Mistfrage wird brennend. Ein Waggon Pferdemist bis zum Ende der Borsortwerkstrasse kostet 200 000 M. — wer kann das zahlen? Selbst der kleine und mittlere Berufsgärtner nicht, denn das Ziehen von Treibgewüse im warmen Kasten schließt immer ein gewisses Risiko ein. Der Kleinagrarter wird, falls er nicht freundschaftliche Beziehungen zu Pferdebesitzern hat, auch nicht in der Lage sein, nach Herzenslust zu „misten“ — er wird sich damit trösten, daß es ja noch künstlichen Dünger gibt. Aber auch dessen Preise sind gepfeffert: ein Zentner schwefelsaures Ammoniak 100 000 M.

Ein Ersatz für den natürlichen und künstlichen Dünger ist nun in dem Kompost gegeben, der sich wohl auf jeder Siedlung und Betriebsstätte vorfindet. Der Städler jammert über die Kosten der Müllabfuhr — draußen geht nichts Vermessliches verloren. Je älter — desto besser; natürlich muß das aus allen Abfällen der Wirtschaft und des Gartens zusammengetragene Material mindestens einmal „umgekehrt“ worden sein, damit die Verrottung ordentlich eintritt. Solch ein Kompost ist heute Goldes wert — auf den stets hungrigen märkischen Sandboden gebracht, ersetzt er den Dünger in nicht zu verachtender Weise. Auch die Abortgrube muß diesmal ordentlich erhalten, und wer das Glück hat, einige Hühner zu besitzen, wird in dem Hühnerdünger ein Bodennährmittel ersten Ranges haben, bei dem es aber Vorsicht heißt. Nicht zuviel — höchstens Rohrl auf feuchtem Boden verträgt ein ganz Teil auf einmal —, sondern häufig zu Teesfarbe in Wasser aufgelöst; dann reicht dieser heimliche Guano für eine ziemlich große Fläche. Wer dann noch ein übriges tun will und „künstlich“ nachdüngt, wird, auch ohne Hunderttausende zu riskieren, auf gute Ernten rechnen können. Wie das Wetter werden wird? Davon hängt natürlich auch die Ernte ab. Die Propheten, die für Februar „Hühnerellen“ ankündigten, haben sich ja als nicht vertrauenswürdig gezeigt; gerade die scharfe Februarstürze brachte auch den unliebsamen Ostwind. Aber im allgemeinen haben sie recht gehabt; es war ein milder Winter. Man hat den Boden gut vorbereiten können. Für den Sommer ist ja nun große Hitze probeweise, was diesmal, wegen der im Boden stehenden gewaltigen Feuchte nicht — wie 1921 oder gar 1911 — Dürre bedeuten muß. Nach dem verregneten Sommer 1922 und dem feuchten Winter 1922/23 sehnt sich der Mensch wirklich nach ein paar heißen Sonnenstrahlen. Und den Geschöpfen der Natur wird es wohl ebenso ergehen . . .

## Die teure Laube.

Bald wird man auf manchen Berliner Chausseen ein alljährlich wiederkehrendes Bild schauen können. Hand- oder größere Leiterwagen, oft sogar regelrechte Ziehfuhrwerke, besetzt mit Maltrahen, Bettstellen, Spinden oder sonstigem Hausgerät, rollen vorüber. Großstädter beziehen ihre Sommerresidenz. Das Sehnen, das sie hinausstreift aus dem Häusermeer, soll endlich Erfüllung finden. Wenn sich die ersten, noch schlichteren Sommeranziehen bemerkbar machen, wird gepackt und die Reise nach dem Laubenland angetreten. Zwar ist oft die Wohnlaube nicht so groß, um bequem hausen zu können, allein was will das heißen, wenn man am frühen Morgen die aufgehende Sonne begrüßen und die frische Morgenluft einatmen kann! War in früheren Jahren die Laubentolonie zum größten Teil meist nur von der ärmeren Bevölkerung bewohnt, so hat sich das Bild nach dem Kriege sehr geändert. Heute ist es nicht mehr so leicht wie früher, sich eine Laube zu erwerben. Früher konnte man eine Laube für 100 und noch weniger Mark kaufen. Heute muß man schon auf diese Zahlen einige Nullen anhängen. Wer ein kleines Sommerhäuschen erwerben will, muß mindestens 200 000 M. auf den Tisch legen können. Wer vielleicht höhere Ansprüche stellt, muß noch wesentlich mehr anlegen. Die Holzpreise, die Ausgaben für Mägel, Innenausstattung usw. sind so hoch,

daß Summen entstehen, die bei dem Kauflustigen nur Unbehagen erwecken können. Wehe dem, der es wagt, jetzt selbst zu bauen! Nur kapitalkräftige Leute sind imstande, sich eine Laube zu beschaffen. Sie, nur sie können 20 000 bis 30 000 M. für eine Rolke Dachpappe ausgeben. Nur sie zahlen mit leichter Hand 2000 M. für ein Alko Leer. Die Ausgaben für Sämereien, die der einfache Mann nur durch äußerste Sparsamkeit aufbringen kann, zahlt der Herr Reu-Reich mit lächelnder Miene. Er läßt sich die traagfähigsten Obstbäume setzen, denn „man kann doch nicht die teuren Obstpreise in der Stadt bezahlen“. — So sieht es auf verschiedenen Kolonien aus! Leute, die sonst im Sommer an der Dürre oder in anderen Erholungsarten weilen, laufen sich eine Parzelle oder erwerben ein Stück Pachtland und sparen so die Sommerreise. Das ist der Zweck der ganzen Sache. Der Arbeitsmann, der den ganzen Tag in der Fabrik schafft, der Kopfschreier, der in dumpfen Bureaus seine Nerven opfert, die Hausfrau, die in angelegener Arbeit für die übrigen wirkt, sie alle sehnen sich nach einem Stüchchen Land. Manche mögen ihre Arbeitsbrüder, die noch aus früheren Jahren eine Laube besitzen, beneiden, doch sollten sich alle freuen, daß bis jetzt die wirtschaftlichen Räte diese Leute noch nicht veranlaßt haben, ihr „Rittergut“ einem gemäßigten Schmecker zu verkaufen.

## Genossenschaftsaufbau.

### Kommunistenturm auf die Konsumgenossenschaft.

Am Sonntag, den 25. März, soll das Parlament der Konsumgenossenschaft Berlin durch die Vertreterwahlen zur Generalversammlung gebildet werden. Diese Wahlen bedeuten für die Berliner Genossenschaft die größten Verbraucherorganisation Deutschlands, einen Markstein ihrer inneren Entwicklung. Während bisher jedem Mitgliede die Teilnahme an der Generalversammlung freistand, ist durch eine im Vorjahre von den gelegentlichen Rätevertretern des Reiches beschlossene Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes den Genossenschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern die Vertreter-Generalversammlung vorgeschrieben.

Aus anderen großen Konsumvereinen liegen Nachrichten vor, wonach sich die Vertreterwahlen reibungslos vollziehen. Anders in Berlin! Ein harter Wahlkampf ist entbrannt. Vereinzelt in den letzten Jahren versuchten auf Anweisung der kommunistischen Partei die kommunistischen Genossenschaftsmitglieder, die Genossenschaft für Zwecke ihrer Partei dienstbar zu machen. So stellten sie, um nur ein Beispiel zu nennen, im Genossenschaftsrot Anträge, Genossenschaftsgelder für die kommunistische „Rote Hilfe“ flüssig zu machen! Jetzt rüftet man sich auf jener Seite zu einem Generalsturm auf die Genossenschaft, um diese durch eine kommunistische Generalversammlungsmehrheit unter ihre Herrschaft zu bringen. Die Kämpfe in den Gewerkschaften sollen ihre Ergänzung finden durch Säbularbeit in der Konsumorganisation. Richtungsgebend sind für sie dabei die Beschlüsse des letzten kommunistischen Parteitag, aus denen zur Kennzeichnung folgende Sätze hervorgehoben seien:

„In jedem Konsumverein muß eine kommunistische Fraktion gebildet werden, deren Vorsitzender dem Ortsvorstand angehört. Wo noch keine Fraktion besteht, ist mit deren Organisation ein Vorstandsmittglied zu beauftragen. Die Fraktionsarbeit geschieht unter Kontrolle der Partei.“

Besonderes Tätigkeitsgebiet ist:

1. In jeder Genossenschaftsversammlung sind die kommunistischen Anträge und Resolutionen einzubringen und in der Diskussion die kommunistischen Anschauungen zu propagieren; besonders kommt es darauf an, die Tätigkeit der Genossenschaften in die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Proletariats herein-zuziehen.

2. Bei jeder Genossenschaftsveranstaltung sind kommunistische Flugblätter, Broschüren usw. zu verbreiten. usw.

Es darf nicht übersehen werden, daß man die Selbständigkeit der Genossenschaften vernichtet und sie zum Sammelpfad kommunistischer Parteitätigkeit macht. Die Konsumgenossenschaft Berlins würde ihrer wahren Aufgabe entfremdet und dem Ruin entgegengeführt werden. Dies darf nicht geschehen. In allen Verkaufsstellenbezirken sind von Genossenschaftsmitgliedern, die der Sozialdemokratie angehören, gültige Vorkaufslisten eingereicht worden,

auf denen Generalversammlungsvertreter präsentiert werden, die Vorkauf für die Wähler zur Verfügung stehen. Gewählt wird am Sonntag, den 25. März, in der Zeit von 9 Uhr früh bis 1 Uhr mittags. Die Wahllokale der einzelnen Stimmbezirke sind durch Anschlag in den Verkaufsstellen bekanntzugeben. Wahlberechtigt sind nur eingetragene Genossenschaftsmitglieder; als Wahllegitimation gilt das Mitgliedsbuch der Genossenschaft. Kein Genossenschaftler veräußere, sich über das Wahllokal zu informieren, frühzeitig an der Wahlurne zu erscheinen und einen Stimmzettel mit dem Aufdruck: „Genossenschaftsaufbau“ abzugeben. In allen Stimmbezirken muß dafür Sorge getragen werden, daß Kräfte zur Verfügung stehen, um Säumige an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

Genossenschaftsmitglieder! Großes steht auf dem Spiel! Es handelt sich um die Existenz jener Organisation, die berufen ist, auf proletarischem Wege zu ihrem Teil die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft zu lösen. Wer hierbei versagt, verläßt sich auf Schwärme am Wohl der Allgemeinheit, am Sozialismus! Darum auf zur Wahl! Erfülle jeder seine Pflicht, dann ist der Sieg unser!

## Der Anschlag auf das Mitleid.

### Festnahme einer gefährlichen Ruhrschwindlerin.

Die Art der Ruhrbewohner deutete, wie wir mitteilten, eine Schwindlerin aus, die sich Frau „Doktor Margot Frank“ nannte. Die 23jährige stellte sich an den belebtesten Plätzen Groß-Berlins auf, las irgendeine Zeitung und geriet plötzlich in heile Entrüstung über die neuesten Gewalttaten der Belgier und Franzosen. Den Beuten, die sich alsbald um sie sammelten, schilderte sie, wie sie selbst unter dem Eindruck der Feinde zu leiden habe. Ihr Mann sei von ihrem Gut gefangen abgeführt und sie selber unter schweren Mißhandlungen vertrieben und ausgewiesen worden. Dabei zeigte sie ihre Arme, die aber in Wirklichkeit nicht von Mißhandlungen, sondern von unzähligen Morphiumeinspritzungen ganz entsetzt sind. Die mitleidigen Leute nahmen die vermeintliche Flüchtigkeitsfrau auf und unterstützten sie reichlich mit Geld und Kleidungsstücken. Große Darlehen erwiderte sie sich durch die Vorpiegelung, daß das Auswärtige Amt ihr auf das Gut, das ein Holländer kaufen wolle, um es dem Zugriff der Feinde zu entziehen, einen Vorkauf von 6 Millionen Mark geben wolle. So betrog die „Frau Doktor“ nach den bisherigen Ermittlungen bereits mehrere 1000 Personen. Gestern sah ein Betrogener die Schwindlerin auf dem Stuttgarter Weg und ließ sie festnehmen. Die Verhastete wurde festgestellt als eine Maria Voges, die bereits während der Kriegszeit mitleidige Leute unter der Vorbeugung beschwindelt hatte, daß ihr Mann als Fliegeroffizier in Stuttgart vor ihren Augen tödlich abgestürzt sei.

## Wieder Mieterhöhung?

Das Städtische Rentalamt für Wohnungswesen teilt mit: Auf den aus Vermieterkreisen eingebrachten Antrag auf Erhöhung der Mieten ab 1. April wird der Ausschuss für Wohnungswesen am kommenden Montag, den 26. März, zusammentreten, um die Vertreter der Mieter- und Vermieter-Organisationen zu hören. Die endgültige Entscheidung des Magistrats ist daher erst nächsten Mittwoch zu erwarten.

## Explosion im — Müllkasten.

Wegen einer einzigartigen, noch nicht dagewesenen Explosion wurde am Mittwochnachmittag in der zweiten Stunde die 5. Komp. der Berliner Feuerwehr nach der Rünz- Ecke Grenadierstraße alarmiert. Dort war aus bisher noch unbekannter Ursache ein Müllkasten auf einem Wagen der Wirtschaftsgenossenschaft explodiert. Die Grenadierstraße war mit Gas übermüllt und befahl. Zahlreiche Schaufenster und mehr als 400 Fenster scheiblen in Wohnungen lagen in Trümmern auf Damm und Bürgersteig. Zum Glück sind Personen ernstlich nicht zu Schaden gekommen, obwohl in der Rünz- und Grenadierstraße ein sehr lebhafter Verkehr herrschte. Ein voller Müllkasten wurde infolge der Explosion mehrere Meter weit aus dem Wagen herausgeschleudert und lag auf dem Bürgersteig. Die Kräfte des Müllwagens blieben unversehrt, weil sie gerade einen Kasten Müll aus einem Haus holten. Die Feuerwehr mußte Müll, Scherben und den abgefallenen Bug der Häuser fortschaffen. Nach einholbstündiger Tätigkeit konnte sie wieder ab-

(Nachdruck verboten. Der Mail-Verlag, Berlin.)

# Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

67] Aus dem amerikanischen Manuskript überleitet von Julian Gumpert.

„Welche Universität haben Sie besucht?“ fragte der ihn unvermittelt.

„Harvard.“

„Harvard... Ich komme aus dem Nordwesten. Sie wollen also hier in Frankreich zur Universität gehen, wenn möglich. Ich auch.“

„Wollen Sie nicht mitkommen und was trinken?“

Der Mann zog die Brauen zusammen, seufzte seine Mühe fest auf den Kopf und sah sich geheimnisvoll um. „Ja,“ sagte er. Sie patzten zusammen die schlammige Dorfstraße hinunter.

„Ich heiße Walters. Wie heißen Sie?“ Er sprach leise, kurz und abgerissen.

„Andrews.“

„Andrews, Sie dürfen über diese Sache nicht reden. Wenn jemand davon erfährt, sind wir unten durch. Aber studierte Leute müssen zusammenhalten.“

„Oh, ich werde bestimmt nicht darüber reden,“ sagte Andrews.

„Es ist fast zu schön, um wahr zu sein. Der eigentliche Befehl ist noch nicht raus. Aber ich habe ein Zirkular gesehen. Welche Universität wollen Sie besuchen?“

„Sorbonne, Paris.“

„So ist's richtig. Kennen Sie das hintere Zimmer bei der Boboon?“ Walters bog plötzlich zur Linken in eine Allee ein und brach durch eine Öffnung in einer Hagedornhecke.

„Man muß Augen und Ohren offen halten, wenn man in dieser Armee etwas erreichen will,“ sagte er.

Sie setzten sich auf eine Bank, die um den Schornstein herumgebaut war.

„Was wünscht der Herr?“ Eine Frau mit einem Kind auf dem Arm kam an sie heran.

„Das ist Babette! Ich nenne sie Baboon,“ sagte Walters mit einem kurzen Lachen.

„Schokoladent“ rief Walters der Frau zu. Er wandte sich wieder an Andrews. „Jetzt wollen wir mal über unsere Affäre

reden. Wir müssen sofort ein Gesuch schreiben. Ich werde das morgen mit der Schreibmaschine abschreiben lassen und Sie morgen abend um acht Uhr hier treffen und es Ihnen geben... dann unterschreiben Sie es sofort und geben es Ihrem Sergeanten, verstanden?“

Die Frau, diesmal ohne Kind, erschien in dem Dunkel des Zimmers mit einer Kerze und zwei Schalen, aus denen Dampf stieg, in der Hand. Walters trank seine Schale Schokolade in einem Zuge aus, grunzte und fuhr zu sprechen fort:

„Geben Sie mir 'ne Zigarette, ja? ... Sie müssen aber die Geschäfte verdammt schnell erledigen, denn sobald der Befehl herauskommt, wird die ganze Division behaupten, sie habe die Universität besucht. Woher wußten Sie eigentlich davon?“

„Ein Freund aus Paris...“

„So. Sie waren in Paris?“ sagte Walters bewundernd, „ist es dort wirklich so, wie man sagt? Diese Franzosen sind tatsächlich ganz unmoralisch. Schauen Sie sich mal diese Frau da an. Die schläft mit jedem, ohne erst lange zu fragen. Hat auch ein Kind.“

„Wem muß man eigentlich das Gesuch abgeben?“

„Wahrscheinlich dem Oberst. Sind Sie katholisch?“

„Nein.“

„Ich auch nicht. Sehr schade. Haben Sie schon bemerkt, was im Hauptquartier der Division getrieben wird? Das ist eine richtige Kathedrale. Gibt keinen einzigen Freidenker... Aber ich werd's schon schaffen... Wenn Sie mich auf der Straße treffen, kenne Sie mich nicht, verstehen Sie?“

„Gut.“

Walters eilte zur Tür hinaus. Andrews saß allein, schaute auf die flackernden Kerzenflammen, die aus dem Herd herauszüngelten, und schlürfte seine Schokolade aus der warmen Schale, die er zwischen den Handflächen hielt. Er erinnerte sich an eine Rede aus irgendeinem sehr schlechten romantischen Stück, das er gesehen hatte, als er noch sehr klein war: „Neben zuren Köpfen schwinde ich das Kreuz von Rom.“ Er begann zu lachen und rutschte auf der glatten Bank hin und her. Die Frau stand mit ihrem roten Gesicht und den Händen in die Hüften gestützt da, sah ihn an, erstaunt, während er lachte und lachte.

„Wie vergnügt, wie vergnügt,“ sagte sie immer wieder. Das Stroh unter seinem Körper raschelte schwach bei

jeder schlaftrigen Bewegung, die Andrews in seinen Decken machte. In einer Minute wird das Signal kommen, man wird aufspringen müssen aus seinen Decken, seine Kleider anziehen und mit all den anderen in der Dorfstraße antreten. Es konnte doch nicht sein, doch nur ein Monat vergangen war, seit er aus dem Hospital zurückgekommen war. Nein, er hatte schon ein ganzes Leben in diesem Dorfe verbracht, war jeden Morgen von diesem Signal aus seinen warmen Decken herausgeschleppt worden, hatte zitternd in Reih und Glied auf den Appell gewartet, in langer Linie sich aufgestellt zum Essenholen, in langer Linie sich eingereiht, um die Essenreste in die Trankfässer zu werfen, sein Gesicht in dem seitigen Wasser zu waschen, das hundert andere vorher für ihr Gesicht benutzt hatten, war aufmarschiert zum Drill, schlammige Strahlen entlang getrotet, von endlosen Jügen von Lastkraftfahrzeugen bedrückt noch zweimal zum Essen angestanden, um schließlich von einem anderen Signal wieder in seine Decken hineingezwungen zu werden, schwer zu schlafen mit dem Geruch schweißiger wollener Kleidung, ausgeatmeter Luft und staubiger Decken in den Lungen. In einem Augenblick wird das Signal jetzt kommen, ihn sogar aus diesen elenden Gedanken herausreißen und ihn wie einen Automaten herauswerfen in den Bereich anderer Männer. Kindische, trostige Wünsche kitzeln in ihm auf. Wenn der Signalführer doch sterben würde! Er konnte sich ihn so gut vorstellen! Ein kleiner Mann mit einem breiten Gesicht und roten Wangen und einem kleinen rötlichen Schnurrbart und gebogenem Weinen, der auf seiner Decke wie ein Kahl auf der Marmorplatte in einem Fleischerladen lag. Welcher Unsinn! Es gab ja noch andere Signalführer. Er wunderte sich, wie viele solcher Signalführer es wohl in dieser Armee geben mochte. Er konnte sie sich alle vorstellen in schlammigen, kleinen Dörfern, in kleinen Baracken, in großen Lagers, wie sie ihren kleinen Messinghörnern einen vorbereitenden Schlag geben, bevor sie ihre Betten aufklopfen und einer Million — oder waren es zwei oder drei Millionen Menschen? — das Leben stehlen und warme Körper in rohe Automaten verwandeln, die geschäftig gehalten werden müssen, damit sie nicht störrisch werden, bevor die Wachezeit wieder da ist.

Das Horn tönte.

(Fortsetzung folgt.)

räden. Man vermutet, daß sich zwischen dem Mann Munition oder Carbid befunden hat, das durch irgendeine Ursache zur Explosion kam.

### Auspeitschung auf der Polizeiwache.

Ueberaus bedauerliche Ausschreitungen unter schwerstem Mißbrauch seiner Dienstgewalt hat der Kriminalbetriebsassistent N. aus Niederschöneweide kurz vor Weihnachten begangen. Es steht nach den nunmehr abgeschlossenen Vernehmungen, wie uns mitgeteilt wird, folgendes fest: In der zehnten Abendstunde des 20. Dezember forderte N., als er vom Dienst heimkehrte, einige in der Tabakstraße in Oberschöneweide stambulierende junge Leute auf, sich zu entfernen, und erhielt von dem 19jährigen unbefristeten und sehr intelligenzschwachen Wilhelm Lemlich, den er scharf anpackte, eine Ohrfeige. Am nächsten Morgen wurde L. von einem Schutzpolizisten aus der Wohnung seiner Mutter geholt und nach der Polizeiwache in Niederschöneweide, wo N. damals beschäftigt war, also nach einer für den Vorfall am Abend zuvor gar nicht zuständigen Polizeiwache, gebracht. Hier ist der junge Mann, der sich nicht im geringsten reuig benahm und als Schwachsinziger leicht zu erkennen ist, dreimal in die Polizeizelle geschafft und von N. zweimal in verschiedenen Räumen, jedoch nicht in der Zelle, barbarisch mit einer großen Hundepelleiße bearbeitet worden. Bei dem ersten widerrechtlichen Strafvollzug mußte L. sich in der Wachtube wiederholt auf Kommando auf den Fußboden legen. Beim jedesmaligen Niederlegen sausten auf Rücken und Gesäß schwere Peitschenhiebe nieder. Das ist von einer Reimachefrau, die von der Straße aus die Fenster der Wachtube pünktlich gesehen worden. Sie hat durch die Fenster hindurch auch das fürchterliche Schreien des Mißhandelten gehört. Das Schreien wurde so stark, daß auch zwei vorübergehende Schulmädchen sich darüber unterhielten. Der Kriminalbeamte N. hatte mit dieser Exzelsion sein Reuegefühl noch nicht gestillt. In einem anderen Zimmer mußte L. sich über den Tisch legen, worauf N. nochmals unbarmherzig auf ihn mit der Hundepelleiße einschlug. Vor seiner Entlassung hat L. Abbitte leisten und Schweigen geloben müssen. Ein Hausmieter hat ebenfalls das Schreien gehört und dem L. geraten, zum Arzt zu gehen, was L. aber aus Mangel an Geldmitteln nicht ausführen konnte. Er hat jedoch sofort seiner Mutter und mehreren Freunden die Striemen an seinem Körper gezeigt. Erst vier Wochen später begann die sehr eingehend vorgenommene Untersuchung. Der schuldige Beamte, der natürlich alles abstreift, wurde zwar sofort nach Baumschulenweg veretzt, aber auffallenderweise nicht vom Dienst beurlaubt. Man wird diesen traurigen Mißbrauch, der zu einem traurigen Vergleich mit den französischen Keisereisern im Ruhegebiet reizt, nicht verallgemeinern wollen, muß aber erwarten, daß solche Elemente aus unserer Polizei schnellstens beseitigt werden. Das Strafverfahren wird von Amts wegen eingeleitet.

**Straßenbahn-Wochenarten.** Die Berliner Straßenbahn feiert mit: Um den Nachtarbeitern die volle Ausnutzung ihrer Wochenkarte zu ermöglichen, ist betriebsweise zugelassen worden, daß für die Primaball am Sonntag, Abfahrtszeit bis 8 Uhr früh, das am Montag freigebliebene Fahrtenfeld benutzt werden darf. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Wochenkarten an den Wochenfeiertagen, also am Karfreitag und Ostermontag, zur Fahrt berechtigen.

**Seinen 70. Geburtstag** feiert gestern der Parteiveteran Otto Steyer, Berlin N. 53, Dunderstr. 10. Schon unter dem Sozialisteneisig wirkte er für die Partei und war besonders im 8. Berliner Wahlkreis als Funktionär tätig.

**Proletarische Feiertage** (Osterfest) am Sonntag, den 1. April, vormittags 11 Uhr, im Fr. Schauspielhaus, Karloffstraße. Es wirken mit das Berliner Einsamte-Orchester (Bläser), der Sprechchor für die proletarischen Feiertage und Einzelredner vom Stadttheater.

### Der Frauenmord im Erzgebirge.

**Schießsachverständige über das Geheimnis der Mordpistole**  
Im Mordprozess Köhn vor dem Zwickauer Schwurgericht kam es gestern im weiteren Verlauf der Verhandlung zu einer neuen überraschenden Wendung, diesmal allem Anschein nach zu Gunsten des Angeklagten. Rechtsanwalt Dr. Alberg überreichte dem Gericht einen Brief, den der Angeklagte an die Müller geschrieben, aber anscheinend nicht abgeschickt hat und der jetzt von dem Bruder Köhns unter den Sachen des Angeklagten gefunden worden sei. Der Verteidiger hat gleichzeitig um die Vernehmung des Bruders.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden gab Köhn zu, daß der Brief von ihm herrühre, glaubte sich aber nicht genau entsinnen zu können, wann er diesen Brief geschrieben habe. Aus der Tatsache, daß er jetzt in Berlin gefunden wurde, schließt der Angeklagte allerdings, daß er den Brief nach der letzten Trennung im März 1922 in Dresden geschrieben hat, und zwar im Hotel Bellevue, dessen Briefbogen er dazu benutzt hat. Der Brief wird dann vorgelesen. Er trägt die Überschrift: „Liebe, liebe Margrit! Mein Gütti! Warum bist Du mir fortgegangen? War das nötig? Ich weiß ja, was ich Dir angetan habe, war nicht schön und Du hast es wirklich nicht verdient, denn Du hast mich wirklich lieb. Aber wenn Du mich noch ein bißchen liebst, denn kannst Du nicht lange fortbleiben. Ich habe heute nacht kein Auge zugemacht. Es geht nicht, daß Du nicht mehr bei mir bist. Hast Du denn keine Sehnsucht nach mir? Ich kann mir das gar nicht vorstellen. Schreibe mir gleich, sonst habe ich keinen frohen Augenblick. Ich lässe Dich kaufenmal, auch wenn Du es vielleicht nicht willst. Ich aber weiß, daß Du es doch willst.“ Vorsitzender: „Haben Sie diesen Brief abgeschickt?“ Angekl.: „Ich weiß es nicht. Ich glaube jedenfalls, daß ich diesen Brief, der ja kein Datum trägt, nach unserer letzten Trennung, als ich vom Wiesenhaus nach Dresden zurückkehrte, geschrieben habe.“ Hierauf wurde

#### der Bruder des Angeklagten,

Dr. med. Ernst Köhn als Zeuge ausgerufen. Der Zeuge ist ein Jahr älter als der Angeklagte und zurzeit Assistent an der Kinderklinik in Jena. Er bekundet, daß seine Mutter am letzten Sonnabend nachmittags diesen Brief unter den Sachen seines Bruders im Schreibisch gefunden und ihn daraufhin benachrichtigt habe, worauf er von Jena nach Berlin kam und seine Mutter in einem so schlechten Zustand antraf, daß er es als ihr Sohn und Arzt verbot, als Zeugin zum Prozess zu reiten. Auf Betragen des Vorsitzenden entwarf dann der Zeuge ein eingehendes, aber auch erschütterndes Bild vom Charakter seines Bruders. „Ich habe ihn“, so erklärte er, „für sehr leichtfertig, für durchaus eitel, aber im Grunde doch für einen gutmütigen Menschen. Sein immer gehaltenes, formelles Mienenpiel kann den Eindruck erwecken, als wenn er ohne Gefühl ist, aber das ist nicht der Fall. Vielmehr ist bei ihm krankhaft stark eine Antipathie gegen jede äußere Sentimentalität entwickelt. Er hält es für eine Indiskretion, jemandem seine inneren Gefühle zu zeigen. Ich will nicht leugnen, daß er eine große moralische Verantwortung an dem Zugrundegehen dieser Frau trägt, aber ich halte es für ausgeschlossen, daß er sie über den Haufen geschoffen hat. Auf Betragen des Staatsanwalts bekundete der Zeuge Dr. Köhn weiter, daß er den Namen „Grete Müller“ erst erfahren habe, als sein Bruder verhaftet war, doch habe ihm sein Bruder erzählt, er hätte in Hamburg die Bekanntschaft einer geflüchteten (schönen) Frau gemacht, bei der er sehr schnell Erfolg gehabt habe. Ueber seine Tätigkeit hatte Köhn aus seinem Bruder gegenüber falsche Angaben gemacht; er hat sich als Doktor bezeichnet und die Familie in dem Glauben gefaßt, daß er in einem industriellen Unternehmen tätig sei. Staatsanwalt: „Hatte er die Sachen der Müller, die er verkauft hat, nicht in der Wohnung der Ihnen?“ Zeuge: „Ich weiß, daß das meiner Mutter sehr unpopulär war; sie bezeichnete es als eine betauerliche Verschmähverirrung, daß er sich überhaupt mit solchen Dingen befaßte.“ Als erster Schießsachverständiger wurde dann Waffenmeister Rube-Zwickau vernommen, der bei der Auffindung der Leiche zugegen war. Er bekundete, daß die Pistole an

der linken Seite des Halses mit der Mündung nach der Schulter lag und etwas vom Fleisch angeklebt war, ein Zeichen, daß sie die ganze Zeit dort gelegen habe. Die Pistole war gespannt, entzündet, hatte aber keine Patrone im Lauf. Unmittelbar darauf habe er dann die Pistole probiert und sie habe tadellos funktioniert, ebenso wie nach einer gründlichen Reinigung. Drei Patronen seien noch im Magazin gewesen. Aus alledem müsse angenommen werden, daß jemand, nachdem der letzte Schuß abgefeuert war, sich mit der Pistole beschäftigt und eine Patrone aus dem Lauf entfernt haben müsse. Aus welchen Motiven dies geschehen sei, wäre allerdings unerklärlich. Auf die Frage des Sachverständigen Boas-Berlin, ob nicht auch bei den besten Pistolen Ladehem-

## Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat April bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen



Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

mungen möglich seien, erklärte der Sachverständige, daß dies wohl möglich wäre, daß aber die vorliegende Waffe ausgezeichnet funktioniert hätte. Auf Befragen des Vorsitzenden befandete er, daß ihm

#### die Pistole „wie hing-legt“

vorgekommen sei und daß ihn später alle anderen Umstände in seiner Ansicht bestärkt hätten. Daß von der Stelle aus, an der der Stod gefunden wurde, ein Schuß nach dem Hundert der Leiche gezielte haben könne, hält der Sachverständige für ausgeschlossen. Dagegen hält er es auch nicht für möglich, daß der zweite Schuß etwa durch den unbewußten Druck am Abzug von selbst losgegangen sein kann. Der zweite Schießsachverständige, Waffenhändler Wunder-Leipzig, pflichtete Rube in jeder Beziehung bei. Er nimmt an, daß nach dem Abgeben der beiden Schüsse das Magazin zurückgezogen worden sein muß. Ein Verlegen hält er für ausgeschlossen, nachdem festgestellt ist, daß später 20 Schüsse ohne jede Ladehemmung mit der Waffe abgegeben worden sind. Nach seiner Ansicht sind die Schüsse auf die Müller von zwei verschiedenen Stellen aus abgegeben worden, was aus der Lage der aufgefundenen Patronenhüllen zu schließen sei. Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend vormittags 9 1/2 Uhr verlegt, da bis dahin voraussichtlich das Gutachten über die Blutstrecken vorliegen werde.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### Achtung, Genossinnen und Frauenabendreferenten!

- Freitag, den 23. d. M., abends 8 Uhr (siehe ausführlich), Konferenz der Kreisleiterinnen (Agitation, Wahlrecht, Kinderfrage), wöchentlich Stadt- und Bezirksreferenten und der Referenten im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Etz. Tagesordnung: 1. Geschäftliches (1/2 Stunde). 2. Vortrag der Genossin Wurm über „Das Jugendgerichtshaus“. 3. Praktische Mitarbeit an der Gewerkschaftsfrage beim Volksgewerkschaftsreferat. 4. Bericht über die leitende Jugelforgerin (Hilf. Wiking, 4. Aussprache. Funktionärkarte legitimiert. Gelber und Gelberinnen haben Zutritt.
- 3. Kreis Wedding. Mitglieder der Deputation für Kunst und Bildung und Kreisbildungsausschuss: Freitag 7 Uhr Sitzung im Sitzungszimmer Greysler-Str. 11a.
- 11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Freitag, den 23. März, 7 1/2 Uhr, bei Käthe, Schöneberg, Feuerl., Ecke Prinz-Georg-Str. Verlesung aller Mitglieder der Beamtenwerbewebsauskünfte. Wahl des Kreisobmanns und Organisationsfragen.
- 12. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Westend, Wilmersdorf. Freitag, den 23. März, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Bildungscommission für alle vier Orte im Rathaus Mariendorf, Zimmer 26.
- 13. Kreis Prenzlau. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: Freitag, den 23. März, 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Helfer und Helferinnen im Säuglingsheim. Wichtige Organisationsfragen. Die Bezirksreferentinnen sind eingeladen.
- 14. Kreis Wilmersdorf. Sonnabend, den 24. März, 8 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Jugendheim, Silberparkstr. 6, 1. Etz., an der Rolfenallee.
- 17. Kreis Wilmersdorf. An der am Sonntag, den 25. März, nachmittags 1 Uhr, stattfindenden Jugendwoche der wöchentlichen Schulen in der Vorhaus nach noch Einzelheiten zu sehen. Ausgabe in allen wöchentlichen Schulen. — Sonntag, den 26. März, 10 Uhr in der Vorhaus bei der Jugendwoche ein godeser Anhängler gefunden werden. Derlei kann beim Genossen H. Aufwieg, Märmerstr. 6, in Empfang genommen werden.

#### Heute, Donnerstag, den 22. März:

Jungegenossen. Gruppe Süden: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Bäckerstr. 64, Fortsetzung der Aussprache über die „Jungegenossenschaft“, Organisationsfragen. — Gruppe Norden: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Rosgasse 23, Sauer Abend. — Gruppe Tempelhof-Mariendorf: 7 1/2 Uhr Sonntagabend im Hotel Danien, Vorpforte, Ecke Reus Straße.

#### Morgen, Freitag, den 23. März:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Seiler, Georgenstraße 36. Abrechnung der verkauften Beiwagenkarten für Januar und Februar. Die Sammelheften müssen zurückgegeben werden.
- 2. Abt. 7 Uhr Beamtensammlung bei Seiler, Algorat Str. 34. Tagesordnung: 1. „Die Beamten und die Leuzure“. Referent: Seibert Herrmann. 2. Bericht über die Beamtensammlung nach der perigenen Mitten Beamten einladen.
- 3. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Rehaubant Umlana, Wilmersdorf, Ecke Wilmersdorfer. Tagesordnung: „Bericht vom Bezirksreferat“. Referent: Genosse Dr. Hobben.
- 12. Abt. Prenzlau. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Breite Straße. Abteilungsversammlung und Funktionärskonferenz.

#### Frauenerkrankung am Freitag, den 23. März:

- 1. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr im Logenheim, Friedrich-Wilhelm-Str. 10. Thema: „Sexuelle Erziehung“. Referent:in Genossin Hoffmann-Gwinnet.

### Arbeiter sport.

Arbeiter-Kabakker-Bund „Solidarität“, Bezirk I, Freitag abend 7 Uhr findet der Bezirkskongress bei Wilmersdorf, Schwedter Str. 23, statt. Die Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen; Mitgliedsbuch ist vorzubringen.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft mäßig. Fische etwas knapp, Geschäft rego. Obst und Gemüse reichlich. Geschäft rego.  
Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 2500—3100 M., ohne Knochen 3000—3600 M. Schweinefleisch 3000—3500 M. Kalbfleisch 2200—3200 M. Hammelfleisch 2500 bis 3200 M. Rückensteif 3500—4000 M. Schellfisch 1200—2100 M. Kabeljau 800—1500 M. Rotzungen 1200 M. Grüne Heringe 400—600 M. in Eis: Scholle 3000—3500 M. Hechte 2400—3000 M. Lebende Nachtigall 3500—3600 M. Plötzen 1700—1900 M. Bleie 2200—2600 M. Naturbutter 6100—7100 M. Margarine 2700—3300 M. Schweineschmalz 3500 bis 3800 M. Weizengries 950—1150 M. Gerstenmehl 900 M. Kartoffelmehl 650 M. Weizkohl 200—230 M. Wirsingkohl 220—230 M. Blumenkohl 1000—2000 M. der Kopf. Rotkohl 330 M. Mohrrüben 100—120 M. Kohlrüben 120—150 M. Zwiebeln 50—70 M. Kochsalz 250—300 M.

## Wirtschaft

### Kapitalerhöhungen und Kapitalverwässerungen.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht soeben eine Zusammenstellung der Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Unternehmungen in Gesellschaftsform im Jahre 1922. Es ergibt sich daraus, daß in dem letzten Jahre in Papiermarkt wiederum wesentlich mehr Kapital aufgenommen worden ist als im vorangegangenen Jahre. Das ist nur natürlich, nachdem die Geldentwertung außerordentlich fortgeschritten ist. Es kommt aber hinzu, daß viele der Kapitalaufnahmen gar nicht in der Absicht erfolgten, den Bedarf an Betriebskapital zu decken, sondern mit dem Ziele, den Aktionären durch die Zuwendung billiger Bezugsrechte, die an der Börse verkauft werden konnten, einen Sondergewinn zu verschaffen. So betrug der durchschnittliche Ausgabebetrag einer Aktie von 1000 M., die zur „Kapitalerhöhung“ im vierten Vierteljahr 1922 ausgegeben wurde, nur 192,1 Proz., während der wirkliche Kurswert der neugeschaffenen Aktie schon am Tage der Ausgabe ein Vielfaches dieses Betrages ausmachte. Die Differenz erhielt der Aktionär als Gewinn. Weit entfernt, den tatsächlichen Bedarf an Betriebskapital zu spargeln, der in Wirklichkeit aus anderen Quellen, insbesondere aus gewaltigen Preissteigerungen gespeist wurde, bieten also die Ziffern für die Kapitalaufnahmen der Industrie in Wirklichkeit viel eher Anhaltspunkte dafür, wie sehr sich die unter Umgehung der offenen Dividende ausgeschütteten Gewinne der Industrie gesteigert haben.

Der Gesamtwert der neuen Aktien nach dem Kurswert und der Geschäftsanteile von Gesellschaften m. b. H. betrug im vergangenen Jahre 84,7 Milliarden Mark gegen 28,5 Milliarden Mark im Vorjahre und 1,2 Milliarden Mark im Jahre 1913. Auch in diesem Jahre entfällt der weit überwiegende Teil des neu aufgenommenen Kapitals auf Aktiengesellschaften, denn nur 6,8 Milliarden des neu aufgenommenen Kapitals der neugeschaffenen Anteile an Unternehmungen kamen auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 10,67 Milliarden Mark zogen allein die Banken an sich, es folgt in größerem Abstand die chemische Industrie mit 6,24 Milliarden und nicht nach ihr die übrigen Gewerbetreibenden. In dieser Lausche spiegelt sich die wachsende Kapitalmacht der Banken infolge der mit der Geldentwertung ungeborenen angeschwollenen Geldmasse.

War früher in normalen Zeiten die Statistik der Kapitalaufnahmen ein wertvoller Anhaltspunkt für die Beurteilung der industriellen Konjunktur, so ist ihr aus den bereits gekennzeichneten Gründen dieser Wert in der letzten Zeit vollkommen verloren gegangen. Papiermarkt am Jahresanfang ist eben mit Papiermarkt am Jahresende nicht vergleichbar und erst recht dann nicht, wenn Kapitalerhöhungen oft genug aus anderen Gründen erfolgen als aus Interesse an der Vermehrung des Betriebskapitals. Derartige Gründe waren aber in den letzten Jahren vorherrschend. Neben der Kapitalverwässerung, die dazu diente, die fallenden niedrig erlösten zu lassen, erfolgten Neugründungen und Kapitalerhöhungen zur Sicherung bestimmter Mehrheitsverhältnisse, zur Befestigung der Herrschaft einzelner Finanzgruppen über große Konzerne, zur Abwehr der Ueberfremdung usw. Immerhin ist ein Verzeichniss interessant, der festzustellen vermag, wieviel Betriebskapital die Unternehmungen an sich gezogen haben, wenn man dieses in Goldmark umrechnet, und zwar nicht nach dem Dollarkurs, sondern nach den amtlichen Messungen der Großhandelspreise, da ja in der Regel mit dem neu aufgenommenen Kapital nicht Papiere, sondern Rohstoffe, Maschinen usw. gekauft wurden. Danach stellen sich die Kapitalaufnahmen der Industrie in den Jahren 1911 bis 1922 folgendermaßen dar:

Jahr	Vertrau	Jahr	Vertrau
	in Millionen Goldmark		in Millionen Goldmark
1911	1432,8	1917	800,7
1912	1686,1	1918	784,0
1913	1234,4	1919	559,7
1914	1204,7	1920	885,4
1915	398,8	1921	1669,4
1916	492,7	1922	759,6

Während also im Jahre 1921, in Inlandsgoldmark gerechnet, den gewerblichen Unternehmungen mehr Kapital zugeflossen ist als in den letzten Jahren vor dem Kriege, ist der Goldbetrag der Kapitalaufnahmen im Jahre 1922 geringer gewesen. Allerdings ist diese Minderuna des Wertes des neu aufgenommenen Kapitals wesentlich eine Folge der Preisrückgang, die sich in jeder Statistik der Werte mit der Entwertung der Mark einwirkend haben. Die Großhandelspreise stiegen bekanntlich gerade im zweiten Halbjahr 1922 sehr rasch mit der Erhöhung des Dollarkurses, die um die gleiche Zeit zu verzeichnen war so daß in dieser Zeit die Goldsummen wesentlich unvollständiger waren. In Wirklichkeit aber dienten oftmals die in der zweiten Halbjahr 1922 aufgenommenen Kapitalien diesem Zweck, um Bankkredite abzudecken, mit denen man schon vorher Rohstoffe oder andere Werte gekauft hatte. In all diesen Fällen waren die industriellen Gesellschaften als Kapitalerhöher der Teilnehmer der Geldentwertung. Der Ertrag der Kapitalerhöhungen brachte, man in den bereits früher besprochenen Sachverhalte ausgedrückt, bedeutend größer als aus den Goldzahlen hervorgeht.

Der Preisrückgang im Großhandel greift jetzt auch auf den Holzmarkt über, der sich lange Zeit hindurch gegen einen Preisabfall gewehrt hat. Die Gebote bei den Auktionen der Forsten blieben derart weit hinter den Erwartungen zurück, daß der Zuschlag oft erst nachträglich erteilt oder gar überhaupt als zu niedrig abgelehnt wird. Die staatlichen Organe sollten die Möglichkeit, auf einen Preisabfall hinzuwirken, besser ausnutzen. Auch die erste Königsberger Holzmesse, die soeben stattfand, stand infolge der Preisrückgang am Holzmarkt im Zeichen der Unsicherheit. Nachdem bereits ein Rückgang der Holzpreise zu verzeichnen ist, darf man gespannt sein, wann die Preise anderer Industrieerzeugnisse, die unter Benutzung der Holzprodukte weiterverarbeitet worden sind, so auf Zeitungsdruckpapier, Kohle usw. erniedrigt werden, nachdem Holz billiger geworden ist.

24 Goldmarken Ueberfluß im englischen Staatsschatz. Das englische Finanzjahr, das am 31. März abschließt, weist einen Einnahmerückbehalt von 120 Millionen Pfund Sterling (je 20 Goldmark) auf. Anfang des Jahres war nur ein Ueberfluß von 10 Millionen Pfund Sterling vorhanden. Dieser ist aber durch die Vorkäufe der Sparkommission Geddes nach und nach auf 120 Millionen erhöht worden. Die tatsächlichen Ausgaben betragen 745 Millionen Pfund Sterling.

Kanada an zweiter Stelle in der Welt-Weizenproduktion. Das statistische Amt Kanadas veröffentlicht jetzt seine endgültigen Schätzungen des Ertrages der landwirtschaftlichen Weizen im Jahre 1922. Danach hat die Ernte nahezu 400 Millionen Bushels, je 27,2 Kilogramm erreicht. Damit rückt Kanada in der Welt-Weizenproduktion an die zweite Stelle auf. Die Weizenproduktion des Jahres 1922 verteilte sich auf die Haupterzeugerländer im genannten Jahre folgendermaßen: Amerika 865 211 000 Bushels; Kanada 399 788 400 Bushels; England 366 332 000 Bushels; Argentinien 215 818 823 Bushels; Australien 108 000 000 Bushels. Die von Kanada im abgelaufenen Jahre erzielte Weizenmenge ist die beste seit 1915 und hat nach Regierungsschätzung einen Wert von 389 419 000 Dollar.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 Amer. Grosen (abwärts) 29.89 Gold, 29.05 Brief; 1 tschechische Krone 61.20 Gold, 62.60 Brief; 1 bulgarische Lewa 134.64 Gold, 135.84 Brief; 1 ungarischer Dinar 211.47 Gold, 212.78 Brief. — Eine Goldmark kostete im freien Verkehr etwa 52 Pf.

(Schluß des reaktionären Teils.)

**Sie husten nun schon wochenlang**  
und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 3 Gramm reinen Ingwer-Extrakt nach Rezept Nr. 1, 100 Gramm und 1/2 Liter Wasser eine verdünnte, prompt wirkende Hustenkur selbst herzustellen. Echter Ingwer-Extrakt ist über erhältlich in allen Apotheken.

# Wohlfahrtsfragen im Landtag.

Der Landtag erhöhte am Mittwoch mit Rücksicht auf die Geldentwertung die Betriebsmittel der Generalkassastelle, die in erster Linie erforderlich sind für die im voraus fälligen Befolgungen der Staatsbeamten und Lehrer, auf 100 Milliarden Mark. Es folgte dann die zweite Beratung des Entwurfs für die Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Versorgung des Gebiets an der mittleren und unteren Weiser mit elektrischem Strom. Es handelt sich um einen Nachtragkredit mit drei Posten in Höhe von 26 Milliarden, 25 Milliarden und 11 Milliarden 400 Millionen. In der Aussprache wandten sich die Deutschnationalen, die Deutschnationalpartei und die Demokraten gegen die Bestimmung des § 2, daß die Mittel auch zum Bau und Betrieb eines staatseigenen Kraftwerks verwendet werden können. Abg. Bruhl (Z.) tritt für die Aufrechterhaltung dieses Punktes ein. Der § 2 wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Volksparteier und Demokraten angenommen. Danach wird der ganze Entwurf in dritter Lesung verabschiedet.

In zweiter und dritter Lesung nimmt das Haus hierauf den Gesetzentwurf betreffend die Beteiligung Preußens an der zu gründenden Aktiengesellschaft „Leberlandwerk Oberschlesien“ nach den Vorschlägen des Hauptauschusses (Beteiligung Preußens 250 Millionen, Bürgerschaft 2 Milliarden) endgültig an. Hierauf wird die Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums fortgesetzt und zwar beim Punkt

## Vollgesundheit.

Die Kommunistin Frau Arenberg verlangt, daß die Mitwirkung der Säuglinge und der jungen und werdenden Mütter zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht werde. Den Kommunen müßten für Wohlfahrtszwecke Ueberweisungen in ganz anderem Umfang als bisher zugesichert werden.

Der Demokrat Hartmann betont, man könne die private und freiwillige Liebestätigkeit nicht entbehren. Der Anteil der Verwaltungskosten der Krankenkassen an ihren tatsächlichen Ausgaben sei keineswegs abnorm, da ihr Pflichten- und Aufgabenkreis ständig zugenommen habe. Die Beitragserhöhung dürfe nicht ins Ungehemmte gehen, sonst ginge der Begriff der Versicherung verloren. In Siegen habe das Krankenhonorar die Hälfte der gesamten Einnahmen der Dr. Krankenkasse verschlungen. Die freie Arztwahl sei der Kosten wegen nicht durchführbar, auch die Ärzte selbst seien nicht durchaus mit ihr einverstanden.

Abg. Heidenreich (D. Sp.) tritt für freie Arztwahl, sparsame Verwaltung in den Krankenkassen ein und wendet sich gegen kommunistischen Terror, wie er bei der Ortskrankenkasse in Halle vorgetragen sei. — Nach dem deutschnationalen Abg. Quast-Jastem, der vor einer Ueberspannung des Versicherungsgedankens warnt, wendet sich unter scharfen Zurufen von rechts Minister Hieslauer gegen verschiedene Ausführungen von deutschnationaler Seite über Bureaufraisierung der Wohlfahrtspflege.

Das Haus tritt hierauf in die Besprechung des zweiten Abschnitts

## Wohnungs- und Siedlungsfragen

ein. Der Kommunist Allan begründet einen Antrag auf Abgabe von Bauholz an gemeinnützige Wohnungsfürsorgeunternehmen usw. zum Sechstel des Marktpreises, der Kommunist Paul Hoffmann stellt unter Hinweis auf den Dedekindsturz bei Wölfe einen Antrag auf Anstellung von Bauholzkollektoren. Der deutschnationalen Abg. v. Kardorf begründet einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern zur Prüfung der bei der Berechnung von Wohnungen durch die Wohnungsämter hervorgerufenen Mißstände.

## Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Der Antrag des Herrn v. Kardorf auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Wohnungsfrage wird nicht die Billigung meiner Freunde finden. Wir versprechen uns von einem solchen Untersuchungsausschuss nichts. Gewiß besteht in der Bevölkerung große Unzufriedenheit über die Wohnungsverhältnisse. Allein die Frage ist, ob man mit einem Untersuchungsausschuss den Dingen auf den Grund gehen kann. Haben nicht die Kommunen viel besser die Möglichkeit, hier etwas zu tun? In den meisten Städten bestehen doch bürgerliche Beratungen und deshalb werden wohl die bürgerlichen Parteien nichts dagegen haben, wenn den Kommunen die Untersuchung übertragen wird. Die Wohnungsfrage wurde vor kurzem erst im Reichstag ausführlich besprochen. Es war dort auf bürgerlicher Seite die Rede davon, daß die Wohnungswirtschaft zusammenbräche. Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Uebrigens haben ja auch bürgerliche Parteien dieses Hauses erklärt, daß an einen Abbau der Wohnungswirtschaft heute nicht zu denken sei. Diese Wohnungswirtschaft besteht ja nicht nur in Deutschland, sie besteht auch in anderen Kulturländern. Gewiß ist die Bauindustrie ungenügend, aber wenn diese an sich ungenügende Bauindustrie überhaupt vorhanden ist, dann doch nur infolge der Wohnungsbewirtschaftung. Es wäre sehr gut, wenn die Regierung einmal dem Haus etwas Genaueres über die Neubautätigkeit mitteilte, die im Laufe der letzten Jahre ohne öffentliche Hilfe erfolgt ist. Vom Jahre 1919 bis 1922 war ja das Bauen noch nicht so teuer wie heute. Man könnte also annehmen, daß mindestens von 1919 bis 1921 ohne öffentliche Hilfe gebaut

wurde. Wir sind uns darüber klar, daß sich auch dort, wo ohne Zuschüsse gebaut wurde, im Verhältnis keine große Bautätigkeit entwickelte. Am härtesten gebaut haben — darüber besteht kein Zweifel — die Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Die Regierung, die es am guten Willen nicht fehlen ließ, muß in Zukunft

mit größerer Energie und starken Mitteln den Wohnungsbau fördern.

um den Wohnungsbedarf einigermaßen zu sichern. Die Kengilligkeit der Regierung läßt sich ja leicht begreifen, da von bürgerlicher Seite die Wohnungsnot als „sozialistisches Experiment“ hingestellt wurde. Etwas weniger Jag-

## Viele opferwillige Mitglieder

zahlen nun bald ein Jahr lang freiwillige Extrabeiträge an den Bezirksverband Berlin der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um den energischen Kampf gegen die politischen Neuchelmörder nicht erlahmen zu lassen. — Dieser Kampf ist noch immer sehr notwendig und darf trotz des Ruhrkampfes nicht erlahmen, wenn nicht die Republik in Gefahr kommen soll.

Jeder, der zur finanziellen Unterstützung dieses Kampfes in der Lage ist, zahle deshalb weiterhin schnell und reichlich auf das Postcheckkonto Berlin Nr. 487 43

Alex. Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

haftigkeit wäre besser gewesen und hätte die Wohnungsnot gemildert. Was soll nun 1923 werden? Rettung liegt nur beim Neubau, nicht bei der Nationalisierung. Aus dem Ruhrgebiet kam nach der Besetzung die Weidung, die uns sehr eigenartig berührte, daß gleich nach der Besetzung auffallenderweise Wohnungen auf einmal vorhanden gewesen seien, die vorher nicht existierten. Wir erjuchen die Regierung, diesen Weidungen nachzugehen. — Eine Wohnung von 70 Quadratmeter kostet heute noch immer 25 Millionen, ein Einfamilienhaus 30 bis 35 Millionen Mark. Es ist klar, daß solche Preise lähmend auf die Bautätigkeit wirken. Nun will Preußen 32 Milliarden in diesem Jahre aufwenden. Sie entsprechen dem Aufkommen bei der Wohnungsbauabgabe, dazu käme dann noch der gleiche Betrag von Seiten der Gemeinden. Nach vorsichtigen Berechnungen lassen sich damit aber höchstens nur 3000 Wohnungen herstellen. Das reicht nicht entfernt aus. Meine Freunde haben deshalb beantragt, daß

mindestens 20 000 Wohnungen hergestellt

werden müssen, und sie haben in ihrem Antrag die nötigen Wege gezeigt. Wir werden nun sehen, wie die anderen Parteien sich zu unserem Antrag stellen. Die Taktik, die bisher die bürgerlichen Parteien in der Wohnungsfrage beobachteten, belastet sie mit einer schweren Verantwortung. Sie tragen die Schuld, wenn die Bauindustrie zum Stillstand kommt. Bisher haben in der Wohnungsfrage die glücklichen Besitzer, die Herrschaften, die eine Wohnung haben, den Ausschlag gegeben. Nach dem Rezept der Seiten geht es aber nicht. Bei der Beschlußfassung über die Wohnungsbauabgabe waren sich unsere Genossen bewußt gewesen, daß damit zweifellos eine gewisse Belastung für die breiten Massen eintritt. Allein wir haben auch schon bereits darauf hingewiesen, daß bei der Wohnungsbauabgabe für die Rinderbemittelten billigerweise eine Schonung eintreten muß. Die Wohnungsbauabgabe müßte nach Größe und Luxus der Wohnungen gestaffelt werden. Jedenfalls aber ist der Grundgedanke der Wohnungsbauabgabe durchaus ein sozialer und die Mieterkreise sollten sich bewußt sein, daß mit dem Zusammenbruch der Neubautätigkeit die ganze Wohnungsbewirtschaftung zusammenbrechen muß.

Die Regierung sollte sich einmal unsere Anregung auf Heranziehung der wertbeständigen Anleihen zur Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit etwas genauer ansehen. Dann aber muß sie auch von sich aus bei der

## Betämpfung des Baustoffwunders

mit dem guten Beispiel vorangehen. Ohne einen starken Druck auf die Materialpreise kommen wir nicht aus. Die Betätigung des Staates am Holzmarkt ist ein unmöglicher Zustand. Freilich kann nach Auffassung meiner Freunde eine wirkliche Tendenz und Besserung auf dem Baustoffmarkt erst eintreten, wenn die Baustoffbetriebe nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden. Die Ausstellungen für das Wohnungswesen sind trübe, aber eben deshalb und auch, weil im Baugewerbe große Arbeitslosigkeit einzutreten droht, muß die Regierung sich ihrer großen Verantwortung bewußt sein. Der Neubau von Wohnungen muß mit stärkerer Energie fortgesetzt werden, weil der Wohnungsbau zur dringendsten Kulturarbeit gehört. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Bergmann (Z.) betont, es stimme, daß die Wohnungsbauabgabe die Rinderbemittelten schwerer trifft. Aber noch viel unsozialer wirkten alle Verbrauchsabgaben, wirkte namentlich die

Umsatzsteuer. Gut wäre es, wenn die Verbraucher Einspruch über die Preisbildung der Synthete, wie das in Frankreich geschehen sei. Die Bauholzpreise seien ungeheuerlich hoch und daran habe die Staatsforstverwaltung schuld. Mit einem Untersuchungsausschuss über die Wohnungsfrage werde nichts erreicht, der Ausschuss würde im Beschwerdematerial erstickt. Alle Parteien müßten sich zur Pflicht machen, für das Bauprogramm von 20 000 Wohnungen in diesem Jahre einzutreten.

Abg. Conradt (Dnat. Sp.) stimmt dem Antrag v. Kardorffs auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu. In der Stellungnahme der Baustoffpreise seien die Höhe der Baustoffarbeiter nicht ganz unbeteiligt. Zur Verbilligung trage es bei, wenn die Frachten herabgesetzt würden. Wenn man von Wohnungswucher spreche, dürfe man nicht den Wohnungswucher der Unterrentier verwechseln. Alles in allem habe das Ministerium seit 1919 einen falschen Weg eingeschlagen.

Um 1/6 Uhr vertagt sich das Haus dann auf Donnerstag 12 Uhr. Weiterberatung. Vorher kleinere Vorlagen.

## Postetat.

Der Reichstag beendete am Mittwoch die Beratung des Haushalts für das Reichspostministerium. Der demokratische Abg. Vellius beschäftigte sich hauptsächlich mit Beamtenfragen und bezeichnete die Auffassung als falsch, daß nur einzelne Gruppen der Postbeamtenschaft von dem Abbau betroffen würden. Der Abbau erstreckte sich auf alle Gruppen und sei angeht die ungünstigen Verhältnisse im Postbetriebe notwendig. Reichspostminister Stinckl erklärte im Laufe der Debatte u. a., daß die Reichspost beabsichtige, nach dem amerikanischen und englischen Vorbild Funkentelephonie mit Rundsprechern einzuführen. Die Befreyer von Empfangsapparaten könnten auf diese Weise wissenschaftliche und Bergungsdienstleistungen durch die Funkentelephonie genießen; man wolle aber verhindern, daß die Einrichtung sich zu einer Spielerei auswähle und dadurch den ersten Fundentwert hindere. Auf eine kommunistische Anfrage, wie es mit dem Streikrecht der Beamten stehe, gab der Minister keine Antwort. — Unser Genosse Seppel polemisierte gegen den deutschnationalen Abg. Bruhl, der sich beschwert hatte, weil ein Teil der höheren Beamten zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden sei. Ein Unrecht, so erklärte unser Redner, könne man darin nicht erkennen, denn die zwangspensionierten Beamten erhielten ihr volles Gehalt. Die Beamtenfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien erstreckte sich vielmehr auf die oberen Beamten als auf die mittleren und für die unteren scheinen sie überhaupt kein Interesse zu haben. Seppel beantragte, daß einige Entschleunigungen, die sich allein auf das Wohl der Oberbeamten und mittleren Beamten bezögen, noch einmal an den Sparauschuss verwiesen würden, damit auch die Unterbeamten zur Wahrnehmung ihrer Interessen gelangen. — Der Reichspostetat wurde bewilligt, einige Entschleunigungen angenommen, darunter das Verlangen, in den besetzten Gebieten mehr Postautos in den Dienst zu stellen und die Tarife für diese Postautos so zu gestalten, daß sie auch von Rinderbemittelten benutzt werden können. Einige Entschleunigungen wurden dem Ausschuss überwiesen, damit die von ihnen aufgeworfenen Fragen bis zur dritten Etatsberatung geklärt werden können.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags wird nicht am Freitag, sondern erst Anfang nächster Woche, wahrscheinlich am Montag, zusammenreten.

Platzmangel im Auto brauchen  
Powolff als Kraftkost  
Nährhaft u. wohlfeil

# DUNLOP

## CORD

Im Gebrauch die billigste Bereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Salyrin gegen Schwachzustände, Nervenstörungen, Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt-Ges. Hormona, Düsseldorf-Gratenberg. Zahlreiche ärztl. Anerkennungen, Prospekte gratis. Erhältlich in Apotheken! Stets vorrätig in Berlin: Elefantien-Apotheke, Leipziger Str. 74; Eh. & Apotheke, Kanonenstr. 44; Hohenzollern-Apotheke, Köpenick-Augusta-Str. 80; Wittes-Apotheke, Potsdamer Str. 84a

# Billige Preise für Frühjahrskleidung

Schlüpfer aus hellstem Homespun Mk. 45 000	Jackett-Anzüge aus halbbaren Stoffen, in mittleren und dunklen Farben sowie Verrat . . . . . Mk. 60 000	Herren-Hosen aus halbbaren Kammgarn-art. Stoffen 18 000, 15 000, 12 000
Schlüpfer aus Gräten, Diagonal- u. kariert. Stoffen in vielen schönen Farbenstellungen . . . . . Mk. 60 000	Jackett-Anzüge aus blauem Cheviot und farbig gemusterten Stoffen, in sehr guter Verarbeitung . . . . . von Mk. 120 000 an	Herren-Hosen aus gestreiften Kammgarn-stoffen besserer Qualität bis zu den besten Maßstoffen . . . . . von Mk. 22 000 an
Schlüpfer aus sehr guten Stoffen, Ersatz f. Maß, modernste Verarb. v. Mk. 135 000 an	Jackett-Anzüge Ersatz für Maß, aus besten hellen und mittelblauen Stoffen, prima Verarbeitung . . . . . von Mk. 200 000 an	Sport-Hosen s. Manchester, Homespun u. auf. sehr gut. Stoff v. Mk. 25 000 an
Biedermeier-Paletots s. farbige Diagonal- u. Homespunstoff . . . . . Mk. 90 000	Sport-Anzüge mit Brecheshose aus Homespun, Loden und farbigem Cheviot, in den neuesten Farbenstellungen . . . . . von Mk. 90 000 an	Jünglings-Anzüge Gr. 38-44, Jackett- und Sportform, in allen Qual. u. Farbstellungen, beginnend mit Mk. 39 000
Ulster modern verarbeitet, mit Rückenlaten u. Gurt, aus guten u. besten Stoffen von . . . . . 150 000 an	Sport-Anzüge beste Qualität, Ersatz für Maß . . . . . von Mk. 200 000 an	Burschen-Anzüge Gr. 7-12, in Sport- und Jackettform, aus guten Stoffen jeglicher Art, beginnend mit Mk. 30 000
Paletots aus marango Cheviot . . . . . Mk. 60 000	Loden-Mäntel für Damen und Herren, aus weiterem Strichloden, in allen gangbaren Farben und Fassons . . . . . von Mk. 65 000 an	Knaben-Anzüge einzelne Größen, in Schläppl-, Joppen- und Sportform, aus blauen und farbigen Stoffen, in geschmackvoller Ausstattung . . . . . von Mk. 25 000 an
Paletots s. gut, marango u. schwarz, Cheviot und Fouté, in best. Verarbeit. von . . . . . 180 000 an	Loden-Pelerinen aus oliv und grünem Strichloden . . . . . von Mk. 38 000 an	Strickwesten für Herren u. Damen, in modernsten Farben, prima Zephyr-Wolle . . . . . Mk. 19 800
Govercoat-Paletots in Sportform, s. einfach bis zu den elegant. Maßstoffen, i. best. Verarbeit. von . . . . . 120 000 an	Gummimäntel aus guten Stoffen, mit bester Gummierung . . . . . von Mk. 65 000 an	Herren-Filzhüte in modernen Farben und Formen . . . . . Mk. 4 900
Govercoat-Paletots in Rock- und Biedermeierform sowie in Verarbeitung mit Gurt und Falten in besten Qualitäten . . . . . von 225 000 an	Gummimäntel aus Homespun und Grätenoberstoffen . . . . . von Mk. 125 000 an	Herren-Oberhemden s. gut, Zephyr in modernsten Streifen, Klappmanschetten und 1 Krügen Mk. 14 800

K'seidene Damenstrümpfe, II. Wahl, fehlerfrei, hervorragende Qualität, in allen Farben . . . . . Mk. 7600

Mengen-Abgabe vorbehalten! — Mit Anzahlung gekaufte Waren werden nur 14 Tage reserviert.

# BAER SOHN

Akt.-Ges.

Die Preise für Maßbestellungen erhöhen sich entsprechend den jeweiligen Lohnaufschlägen.

Berlin nur Chausseestraße 29-30

**Jugendveranstaltungen.**

Der Ortsausschuss für Jugendpflege hat am Freitag, den 23. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Realschule, Bobbinstraße, einen Runder Tisch zur Vorbereitung der „Auf den Höhen des Schweigens“ (ein neuer Stofffilm der Ufa) und „Familie Bode“. Eintrittskarten zum Preise von 50 M. für Jugendliche und 100 M. für Erwachsene sind am Sonntag, den 24. März, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3, die Konferenz der Abteilungsleiterinnen statt. Tagesordnung: „Stellungnahme zur Reichskonferenz“. Alle Abteilungen müssen wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung vertreten sein. Die Hausbesuche müssen mit dem Abteilungsleiter versehen sein. Besprechungen werden nicht anerkannt.

Veränderungen des Abteilungsverbandes müssen dem Jugendsekretariat nach vor der Konferenz mitgeteilt werden.

**Heute, Donnerstag, den 22. März:**

**Konferenz:** Jugendheim Restaurant „Zum Posthofen“, Bobbinstraße. Vortrag: „Sport und Körperpflege“. — **Rundschau:** Jugendheim Bobbinstraße. Vortrag: „Arzt und Pflanz der Arbeiterjugend“. — **Stralauer Viertel:** Jugendheim Gernersdorf. Vortrag: „Aus dem Leben der Arbeiter“. — **Südwesten:** Jugendheim Lindenstr. 3. Vortrag: „Nationalismus“. — **Wohlfahrt:** Jugendheim Gernersdorf. Vortrag: „Mittelschicht Sozialismus“. — **Westbezirk:** Jugendheim Münchener Str. 10. Vortrag: „Gemeinschaftslehre“.

**Vorträge, Vereine und Versammlungen.**

**Verband Volksgenossenschaft:** Vortrag: „Die Nahrung als Grundlage der Gesundheit“. Referent: Röhren-Ingenieur St. Steinmark. Vortrag: (findet heute, 24. März, in der Oberrealschule Riechensdorf, 12. Mitt.). **Reichskonferenz ehemaliger Gefangener:** Gruppe 20. Donnerstag, den 22. März, Mitgliederversammlung im Paradiesgarten, Landabergstr. 104. **Gemeinschaft proletarischer Freiheitskämpfer Groß-Berlin:** 2. proletarische Freiheitskämpfer: Freitag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Realschule, Bobbinstr. 3. Referent: Herr Dr. F. F. F. „Proletarische Erziehung“. **Freiwillige Gemeinde, Bezirk Köpenick:** Freitag, den 23. März, 7 Uhr, in der früheren „Freiheit“-Gemeinde, Weichselstr. 18. Vortrag des Genossen Wehmer: „Religion und Erziehung“. Gäste willkommen.

**Dixie** das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
**HENKEL & Cie., DUSSELDORF**

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Opernhaus** 7 Uhr: Don Giovanni

**Schauspielhaus** 7 1/2 Uhr: Peer Gynt

**Theater l. d. Königgrätz. Str.** 8 Uhr: Aus dem Leben d. Insekten

**Komödienhaus** 8 Uhr: Musik

**Berliner Th.** 7 30: Madame Pompadour

**Deutsch. Opernhaus** 7 1/2 Uhr: Aida

**Groß. Volksooper** im Theat. d. Westens 7 1/2 Uhr: Schatz d. Nubien

**Intimes Theater** 8 Uhr: 7 Einakter

**8. U.:** Das Prinzen

**Metropol-Theater** Heute geschlossen

**Komische Oper** 7 1/2 Uhr: Große Revue

**Europa** spricht davon!

**Apollon-Theater** Täglich 7 1/2 Uhr: Die große Anstatt-Operette

**Die Modekönigin** Paul Heidemann u. E. Hiller, Platen, Kober

**Circus Busch** Täglich 7 1/2 Uhr: Fremdenlegionär

**RESIDENZ-TH.** Täglich 7 1/2 Uhr: Die Wildente

**TRIANON-TH.** 7 Uhr: Prof. Bernhard

**8 Uhr Kleines Theater** Das stärkere Band

**Theater des Ostens** (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Berliner Mädchenhändler.

**Walhalla-Th.** 7 1/2 Uhr: Die Liebe geht um

**Central-Theater** 7 1/2 Uhr: Die leeren Hände

**Casino-Theater** 8 Uhr: Der Mann mit dem blauen Kakadu

**SOA** 8 Uhr: Internat. Varieté

**Admirals-Varieté**

**7<sup>30</sup> März-Programm**

wie immer - erstklassig

**Kredit** unter günstigsten Zahlungsbedingungen

**Grosse Auswahl** in allen Abteilungen

**Anzahlung** nach Uebereinkunft

**Herrn-, Damen-, Kinder-Bekleidung** Anzüge, Palats, Schäfte, Kostüme, Kleider, Mantel

**Neueste Formen**

**B. Feder**

**BERLIN**

Zentrale Nordend  
Brunnenstr. 1 (Eing. Weidenweg 28)

Filiale Ostend  
Frankfurter Allee 350

Filiale Süden  
Kottbuser Damm 103

Filiale Westen  
Charlottenbg. Scharrenstr. 5

**MÖBEL**

**Polsterwaren** in jeder gewünschten Preislage

Teppiche, Portieren, Gardinen, Tisch- u. Steppdecken

**Komplette Speisezimmer Herrenzimmer Wohnzimmer Schlafzimmer Farbige Küchen**

Beachtung ohne Kauzwang

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83/85

Geschäftszeit von wochn. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. — Tel.: Amt Norden 833, 834, 835, 836 und 6392-6393.

Montag, den 30. April 1923, abends 6 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 16/17:

**General-Versammlung** für das 4. Quartal.

Tagesordnung: 1. Kasienbericht vom 4. Quartal. 2. Bericht der Revisoren. 3. Jahresbericht. 4. Diskussion. 5. Wahl eines Bevollmächtigten, eines Kassierers, zweier Revisoren und zweier Beisitzer. 6. Erledigung, der an die Verwaltung gelangten Anträge.

Trträge müssen bis zum 3. April in Händen der Verwaltung sein. Die Wahlverfahrensversammlungen finden vom 11. bis zum 21. April statt. Neumeldungen von Delegierten sind bis zum 24. April im Bureau einzureichen.

**Die Ortsverwaltung.**

Infolge der politischen und wirtschaftlichen Lage und der teilweisen Störung des Verkehrs im alt- und neubesetzten Gebiet haben die Versicherungsgesellschaften das Risiko von Kriegereignissen (einschließlich des Risikos der Verfügung von hoher Hand, Weg- oder Beschlagnahme) gekündigt, so daß wir insoweit die Verantwortung für Sendungen von Effekten und anderen Wertgegenständen nicht mehr übernehmen können. Der Versand geschieht insoweit ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers.

Desgleichen lehnen wir jede Verantwortung des Risikos von Kriegereignissen (einschließlich des Risikos der Verfügung von hoher Hand, Weg- oder Beschlagnahme) bei Einzug von Wechseln und Schecks, sowie bei Aufbringung von Protesten ab.

Berlin, den 19. März 1923.

**Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder**  
**Commerz- und Privat-Bank A.-G.**  
**Darmstädter und Nationalbank K. a. A.**  
**Delbrück Schickler & Co. Deutsche Bank**  
**Direction der Disconto-Gesellschaft Dresdner Bank**  
**J. Dreyfus & Co. Hardy & Co. G. m. b. H.**  
**Mendelssohn & Co. Mitteldeutsche Creditbank**

**Münzen**

kauft Münzenhandlung  
Ball, Wilhelmstraße 48.

**Tüchtige Schuhmacher**

meiden sich sofort auf eine **Kleine Anzeile im „Vorwärts“**

**Seifen**

Riese 400 Schweißpulver 1 Pfd. 250, Soda kg 400, 1 Pfd. Seife kg 1500.

hutter, Gr. Frankfurter Str. 130.

**Größtes Berliner Kommissionshaus**

Gebr. Orlovski

Brillanten, Perlen, Antiquitäten, Pelze, Teppiche, Briefmarken usw.

An- u. Verkauf - Kommission

Friedrichstr. 44 zwischen Zimmer- u. Kochstr. u. Tel. Dönhof 4962, 45-37

**Hühneraugen**

beseligt sicher das Radikalmittel

**Lebewohl**

Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch **Lebewohl-Ballen-Scheiben**.

in Drog. u. Apoth. Man vert. ausdrückl. „Lebewohl“.

**Musikinstrumente**

Planos perlovert. Klaviermacher  
Zint, Brunnenstraße 35.

**Kaufgesuche**

Kaufe alle Arten Erde, Pflanzboden, Kalk, Zement, etc.

Kaufe alle Arten Erde, Pflanzboden, Kalk, Zement, etc.

Kaufe alle Arten Erde, Pflanzboden, Kalk, Zement, etc.

**Möbel**

Möbel-Erker, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmern, Speisestuben, etc.

Möbel-Erker, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmern, Speisestuben, etc.

**Unterricht**

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Beamtenstr. 6, Berlin.

**Verschiedenes**

Spezial für Wohnungsnot (Kümmung, Beschlagsarbeit, etc.)

**Stellenangebote**

finden in Vorwärts Beste Beachtung!

**Vorwärts-Austräger**

Frauen und Männer werden sofort eingestellt

**Verkäufe**

Verkauf macht Spaß! „Lebewohl“ Brunnenstraße 8, Firma „Lebewohl“

**Die Verwaltung der Staatlichen Stein- tohnengruben des Ausbeut-Bedens** (Ebitria, Kreis Tarnobrzeg) lädt zum sofortigen oder baldigen Eintritt

**zwei Obersteiger**

erfahren im Abbau mächtiger, Kell einfallender Steintohnenflöße.

Bedingungsbedingungen: Monatsgehalt ungefähr 100 Goldmark, ausgezahlt in Rentezahlungen nach dem Wirtensatz; beim Eintritt wird außerdem ein Monatslohn ausgezahlt; Reisestellen hin und zurück werden vergütet; minimale Dauer der Ausbildung 6 Monate, nicht gerechnet die Reisezeit; bei erfolgreicher Arbeit bis zu 50 Paus. Prämien.

**Bedingungs und Kritik** (spezielle Bewerber werden bevorzugt).

Bewerbungen mit ausführlichen Angaben, Lebenslauf, Bräutigamschritten, Empfehlungen, Mitteilungen über Tätigkeit sind an den Postkasten der A. G. S. S. N. N. Krasinsky, Berlin, Unter den Linden 7, für die Verwaltung des Ausbeut-Bedens zu richten.

1924